

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Beilage-Preisliste für 1895 unter Nr. 7129.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile über deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Sonntags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telephon-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 19. Februar 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die soziale Lage in Italien.

Ein kennzeichnendes Merkmal der politischen Zustände Italiens liegt in dem Gegensatz zwischen der Wuth des parlamentarischen Kampfes, wie sie besonders die Häuser der Oppositionsliga beweisen, und der fast apathischen Gleichgültigkeit des Landes neben all dem Lärm.

Allerdings sprach sich die Bevölkerung durch die geheime Abstimmung zu Gunsten der Oppositionsführer aus, indem sie im Laufe eines Monats ein Gegner und nur einen Ministerielle wählte. Doch hiervon abgesehen ist die Masse indifferent verblieben, bis auf etliche geringe Lebenszeichen, wie z. B. die öffentliche Kundgebung für den Abgeordneten Cavallotti einbildete, als er nach dem Schlusse der Kammer in Mailand erschien; und ähnlich steht es mit der Demonstration römischer Studenten, welche nach einer Universitätsvorlesung über Anthropologie der Verbrecher vor den Redaktionen der Ministerialblätter erschienen und dort eine Katzenmusik brachten.

Diese Zeitungen, von Crispi subventioniert, mühen sich ab, die Gleichgültigkeit im Lande als eine glänzende Zustimmung zur Politik des Ministeriums anzupreisen.

Ich glaube, daß sehr im Gegenteil, nachdem diese Meinung durch jene neuesten Einzelwahlen oppositioneller Vertreter schon an sich berichtigt wurde, die echte und tiefere Ursache des ansehnlichen Gleichmuthes in der ökonomischen und sozialen Lage des Landes zu finden ist.

Italien leidet, ebenso und mehr noch als andere europäische Staaten, seit fünf Jahren unter einer wirtschaftlichen Krise, die 1893/94 sich weiter verschlimmerte, indem der Bankrott und infolge davon das Defizit im Budget hinzutrat. Hiergegen hat man bisher keine anderen Mittel gefunden, als schwächliche, tastende Sparversuche und Erhöhung des Steuerbruders. — Was Herr Crispi sogar mittels königlicher Verordnung bewirkt. Er vergaß total, daß Volkswirtschaften nach Herkunft und Hauptzweck gerade der Auflagen wegen da sind.

So sind also, mit Ausnahme des Großbesitzes, alle Klassen: Bauern, Arbeiter, Kleinbesitzer, Handelsleute, Industrie- und Handwerksbesitzer, — in wirtschaftlicher Noth; hier durch Mangel an Beschäftigung, dort durch Kaufkraft. Falliterklärungen, deren das Jahr 1871 fünfzehnhundert hatte, kamen 1885 einhundert, 1893 aber gar zweitausendweihundert vor! Der Kredit hat ganz empfindlich gelitten, so daß ein jeder mit peinlichem Misstrauen dem Morgen entgegensteht und nicht sagen kann, ob er bis zum Jahreschluß der steigenden Fluth des Glendes widerstehen werde.

Deshalb fehlt dem Volke Zeit und Lust, Politik zu treiben. Denn diese verlangt ihr bestimmtes Maß wirtschaftlicher Unabhängigkeit, wie Thorold Rogers in seiner Geschichte der Arbeit in England während sechs Jahrhunderten das historische Gesetz nachwies, wonach politische Bewegungen nicht eintreten, wenn das Volk im äußersten Glend steht, — es kann ja dann weder physische Kraft noch moralische Energie aufwenden, — sondern vielmehr entziehen, sobald einer Periode allgemeineren Wohlstandes eine Zeit der mageren Küche nothtritt.

So vollzieht es sich heute in Italien. Die bange wirtschaftliche Lage, in der sich vier Fünftel der Bevölkerung wissen, — d. h. das ganze Land außer seinen Besitzern und den Zivil- sowie Militärbeamten, — bewirkt, daß ein jeglicher zuflieht, wie er sich sammt seinen Angehörigen über Wasser hält. Auf solche Art bleibt für politische Wirksamkeit wenig übrig; dem einzelnen mangelt ja auch neben dem Willen

die Macht, um den Drohungen und Repressalien der Behörden zu trotzen. Natürlich immer unbeschadet der passenden Gelegenheit, ohne Gefahr eine Demonstration mitmachen zu können, das Mißvergnügen mittels der geheimen Stimmzettel durch die Urne auskommen zu lassen. Dann erscheinen die Sozialisten Bosco und Cotta zum Grimme des Ministeriums.

Dinzuzufügen ist, daß wiederum die Regierung und besonders das Ministerium des Innern über eine Million Lire im Geheimfonds (sozusagen „für die öffentliche Sicherheit“), eine halbe des „Brigantenfonds“, sowie über weitere Hunderttausende verfügt, die für den Belagerungszustand und Versorgungszwecke da sind. Solche Summen stehen ohne Kontrolle zu ihrer Disposition, so daß bei der allgemeinen Nothlage die hohe Regierung nicht nur Mittel hat, um Zeitungen zu forumpiren, sondern auch Einzelne. Lieferanten, Unternehmer und sonstige Leute, die sonst ohne Verdienst wären, gehören dazu.

Italiens politische Apathie entspringt also lediglich seinem wirtschaftlichen Befinden, das für die Arbeiter wie für die handeltreibende Bourgeoisie höchst kritisch geworden ist, und ebenso für Industrie und Handwerk. Denn ein Theil der bäuerlichen Klasse befindet sich schon immer auf der gleichen Stufe des Glendes, ebenso wie andererseits die großen Herren ungefähr ihren Reichtum stets konseruiren. Da wäre aber die Annahme irrig, daß die nahenden Wahlen der Unzufriedenheit, welche die Lust erfüllt, nicht gewaltigen Ausbruch leiden würden, trotz der unzähligen Mittelchen, mit welchen die Regierung den freien Entschluß des Landes hindern will.

Italien ist nun zwar politisch ein einheitlicher Begriff, aber nicht zugleich in sozialer Hinsicht.

Die einschneidenden, durch Jahrhunderte verfolgten Gegensätze in Abstammung, Klima, landlichen und gewerblichen Verhältnissen zwischen Nord- und Süd-Italien konnten nicht von heute auf morgen weggewischt werden, auch nicht durch die große Umwälzung, die mit dem Sturze der weltlichen Papstherchenschaft am 20. September 1870 ihren Abschluß fand.

Verwaltungsreform und politische Faktoren einigen Italien, aber sein sozialer Organismus ließ sich keineswegs über einen Reiß schneiden.

Seitdem mehrt jeder Tag die Anzahl derjenigen, welche auf dem Boden der Wissenschaft und der Politik die Nothwendigkeit verstehen, statt der staatsrechtlichen Gleichförmigkeit, die uns zu erlösen droht, die politische Einheit auf föderative Verwaltungskörper zu stellen.

Eine Menge von Punkten, seit 30 Jahren zusammengetragen, hat in jeder Beziehung bestätigt, daß der Italiener, wie mehr oder weniger jeder Europäer, in ein Netz von Verordnungen und Gesetzen eingehert ist, gleich dem Seidenwurme in Kofon, Er sieht schon vor seiner Geburt darin, und nicht einmal der Tod befreit ihn sofort.

Und trotzdem bleibt das politische und administrative Leben Italiens allezeit blutarm, weil die vielen Gesetze sich nicht den historischen, ethischen und lokalen Bedingungen anpassen, wie sie den Landschaften eigen sind. Die italienische Gesetzgebung nahm den Mittelweg zwischen den gegensätzlichen Bedürfnissen der nördlichen und der südlichen Provinzen. Das fördert weder diese noch jene und ähnelt den Bettställen des Prokrustes, wo der Länge in die kurze, der kurze in die lange gelegt wurde.

So entstand ein chronisches und endloses Geschaulegen für reale Fragen des praktischen Lebens. Fortgesetzte Mißbräuche rissen ein und dazu eine Fühllosigkeit des Sinnes der Be-

stimmungen, auf den sich doch die ganze Existenz des modernen Staatsbürgers nicht selten zu stützen hat.

Süd-Italien blieb, trotz der reichen natürlichen Begabung seiner Eingeborenen, dem Norden gegenüber um die Fortschritte eines halben Jahrhunderts zurück. Man darf sagen, daß Unter-Italien vom befreienden und reinigenden Hauche der französischen Revolution nicht vollkommen durchzogen wurde, daß also die dortige Bevölkerung noch in einer gesellschaftlichen Entwicklung steck, über welche der Norden schon hinaus ist.

Sehr viel spricht das wärmere Klima mit und die geringere von den Mittelalter einbringenden Nordvölkern aufgeschichtete Klasse. Mit etwas kühner Wendung ließe es sich folgendermaßen umschreiben: im mittäglichen Gebiete, wo heiße Temperatur mit vegetabilischer Ernährungsform herrscht, fällt das Körperliche und das Seelenleben der Menschen anders aus als in den nördlichen Strichen, wo häufigerer Fleischgenuß und rauheres Klima Körper und Blut abhärten. Von Süd-Italien ist aber noch Sizilien und ein Bruchtheil der Halbinsel selbst zu trennen, woselbst eine Mischung mit den Arabern des nahen Afrika und den Norrmännern für eine physische und geistige Fähigkeit sorgte, welche den Eigenthümlichkeiten unserer nördlichen Brüder ähnelt, sie aber noch durch südliche Lebhaftigkeit verhärt.

Nun findet Crispi in Ober-Italien einmüthige Opposition vor, sie geht vom rechten Flügel, von der gemäßigten oder der extremen Linken aus. Wiederum erzielt er im Süden eine allgemeinere Zustimmung, weil man daselbst leichter von großartigen Unternehmungen geblendet wird, und wo überhaupt eine bedeutende politische Macht in den Händen des Großgrundbesitzes ruht, obwohl die Masse des höchst unwissenden Landvolkes und eine hinreichend aufgeklärte Bürgerschaft ihm sehr wohl ein Gegengewicht bilden könnte.

Ich bin keineswegs durch Mangel an Sympathie mit den südlichen Provinzen bewegt, dies darzutun. Habe ich doch mehrfach betont, daß eben dort Italiens Zukunft ruht und daß, wenn man die Talente und geistigen Gaben der Bevölkerung weniger vernachlässigte und nicht so sehr ohne Schulung ließe, sich dort ein herrliches Reich am Baume der Menschheit entfalten müßte. Die Abruzzen, Apulien, Kalabrien, Sizilien bergen genug Volkskraft, auch im geistigen Sinne, um ein herrliches Resultat zu versprechen. Aber zuvor müssen die Gesetze den wirklichen Grundbedingungen dieser Gegenden Rechnung tragen, statt alles über denselben Stamm zu scheeren. Sizilien ist kein Piemont, Kalabrien kein Venetien; und so kommt heute eine Stimme von Verköstigen gegen das wirkliche Leben zusammen, die das Gesetz zum todtten Buchstaben erniedrigen.

Solcherlei Verschiedenheiten in Rasse, Klima und Bodenverhältnissen zwischen Norden und Süden haben tiefe wirtschaftliche Unterschiede nach sich gezogen, was dann wieder auf die politischen und moralischen Ansichten beider Theile zurückgewirkt hat.

Nord-Italien entwickelte Handel und Industrie ungemein hoch, außer allem Verhältnisse zum Süden. Und deshalb blieb z. B. der Sozialismus, als natürliche Folge der kapitalistischen und industriellen Entwicklung, in Unter-Italien gleich Null, Sizilien ausgenommen. Selbst der Ackerbau, welcher doch durchweg Italiens Hauptbetrieb ist, hat, während er in den Süddprovinzen größtentheils aufgedehnt, aber primitiv gehandhabt wird, wieder erst in Toskana, Ligurien, der Lombardei und Piemont seine Ausbildung zur höchsten Vollkommenheit erlangt.

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande. Ein Blatt südamerikanischer Geschichte.

Unter diesen kriegerischen Personen langte also wirklich eines Tages Frau Concepcion an, wie sie vorgab, um ihren Gatten zu sehen. Sie hatte beim Eintritt ins Dorf eine Reihe von Porzotten zu passiren gehabt, die eine freiwillige Wache bildeten, da man noch immer fürchtete, daß die augenblickliche Regierung eines schönen Tages ihren Landsmann, den Expräsidenten, durch einen Handstreich könnte aufheben lassen. Um dieses zu verhindern, kontrollirte man alles, was sich von irgendwo dem Orte näherte, auf das genaueste und pflegte sogar Frauen anzuhalten. Frau Concepcion hatte sich mit Stolz überall als Gattin des Volkskandidaten Gill legitimirt und langte am Ende auf ihrer zweirädrigen Karre vor einer Hütte an, in der, wie man ihr gefagt, ihr Gemahl mit dem General Caballero hausten. Die Zugochsen parirten so plötzlich, daß die schöne Frau, die sich, um auf dem Wege zu schwachen, vorn bei dem Ochsentreiber gesetzt hatte, der mit seiner mehrere Ellen langen, mit Nägeln besetzten Bambusfange seine sechs Thiere lenkte, dabei hinunterfiel und sich unwillkürlich verletzt hätte, wenn sie nicht ein schlanker Jüngling, der, wie es schien, vor der Hütte Wache hielt, im selben Augenblick in seinen Armen aufgefangen hätte.

„Ich danke Ihnen herzlichst... vielleicht für mein Leben... wenn die Ochsen angezogen hätten...“

„Was haben Sie zu danken,“ erwiderte der Jüngling, indem er die Frau musterte, „ich schähe mich glücklich, einer schönen Dame einen so geringfügigen Dienst geleistet zu haben.“

Ihre Blicke kreuzten sich, und Frau Concepcion, die in jeder Lebenslage zum Koquettiren geneigt war, bemerkte nicht ohne Gefallen, daß der Sprecher ein auffallend schöner Mann war. Er war nur mit einem Hemde und einer Hose bekleidet, trug hellblau weite Stiefel in der Landesstracht und hatte zur Zeit das Haupt entblößt, so daß man seine hohe offene Stirn sehen konnte. Unter seiner leichten Kleidung zeichnete sich das Ebenmaß seines Körpers deutlich und in schönster Weise ab.

„Mit wem habe ich das Vergnügen zu sprechen?“ fragte Concepcion, als der Jüngling fortfuhr, sie stumm zu mustern.

„Ich bin Silvano Godoy,“ antwortete dieser. „Ah, der Bruder Nicanor's,“ sagte Concepcion, indem sie ihn noch einmal prüfend von Kopf bis Fuß ansah, „man sollte es nicht für möglich halten, daß zwei so ungleiche Brüder auf der Welt existiren könnten, wie Sie beide. So häßlich von Gesicht unser guter Nicanor ist, so schön sind Sie... jedenfalls sind Sie so gut wie er.“

Der Jüngling wurde verlegen und blieb stumm, ohne zu antworten. Silvano Godoy war im Gegensatz zu seinem Bruder, der fast dunkelbraun von Farbe war, blendend weiß. Das kam davon, daß er der Sohn eines andern Waters war als sein Bruder. Sein Vater war ein europäischer Flüchtling gewesen, während der von Nicanor ein reinblütiger Indianer gewesen war. In einem Lande wie Paraguay wechseln die Frauen sehr leicht und häufig ihre Männer, wenn sie nicht kirchlich getraut sind.

„Ich bin die Gemahlin des Abgeordneten Bantista

Gill's,“ sagte Concepcion, „und bin gekommen, ihn und allen von der guten Sache Gesellschaft zu leisten...“

„Gestatten Sie mir dann, schöne Frau, daß ich Sie zu den Herren führe, sie sind eben alle bei einander,“ und er geleitete höflich die neue Bekanntschaft zu der Hütte.

„Sie kommen zur gelegenen Zeit, verehrte Frau,“ empfing sie der General Caballero, der sie zuerst sah, und aufsprang, um ihr entgegenzugehen, „ich freue mich außerordentlich, daß es unter dem schönen Gesicht in Nuncion so kontrairte Damen giebt, wie Sie es sind. Und Sie sind zur rechten Zeit gekommen, um einigen allzu obstinaten Herren den Kopf zurechtzusetzen. Ich fürchte nur, daß manche unter uns über Sie ihren Kopf verlieren werden...“

Es entstand ein allgemeines Hallo, und eine Begrüßung von allen Seiten fand statt. Herr Bantista that sehr vergnügt, daß seine Gehälfte es über sich gebracht hatte, ihn in seiner halb freiwilligen, halb unfreiwilligen Verbannung aufzusuchen, und selbst Rivarola, der in ernstem Sinne an der einen schmalen Seite eines langen Tisches gesessen, zeigte für den Augenblick erheiterte Miene.

Zuerst werden die Herren gestatten, daß die Dame sich etwas erholt,“ rief Caballero, indem er einem Diener winkte, der ein erfrischendes Getränk, den Terero, aus kaltem Wasser und Paraguanthee bereitet, herbeibrachte, das der General eigenhändig der Frau präsentirte, „und dann werden Sie mir erlauben, daß ich Sie mit den hier Anwesenden bekannt mache, obwohl Sie viele schon kennen werden.“

Es waren außer den uns bekannten Personen der General Godoy, der General Serrano, ein alter Herr mit seinem Bastardsohne Juan Regunega; da war Matias Goiburu, José Molas, eine hünenhafte Indianergestalt, José Franco und Juan Galeano, und da war ein junger Asuncener Abokat, der Dr. Facundo Machain, der vor kurzer

Berlin im Zeichen des „Bundes der Landwirthe.“

Der gestrige Montag gehörte dem „Bunde der Landwirthe.“ Schon seit einigen Tagen sieht man sie in Berlin herumstreifen, die „deutschen Bauern“, wie sich unsere Agrarier so gerne selber nennen, und gestern, am Montag, hatten sie ihre Jahresversammlung im „Ferienpalast“ und ihre Audienz im Königsplatz.

Zuerst die Audienz! Schon am Sonnabend hofften sie vorgelassen zu werden; aber Majestät hatten Schnupfen. Und so kamen die Herren „Bauern“ von Plöb, Dr. Roschke, Dr. Suchland, Bus, Freiherr von Ketteler-Darlotten, Lude und Düring erst gestern in die heißersehnte Lage, mit dem bekannten „Männerstolz vor Fürstenthronen“ die folgende Adresse vorlesen zu dürfen:

„Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König, Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Im Vertrauen auf Eurer Kaiserlichen und Königlich Majestät Guld und Gnade nahen sich die Vertreter von zweihunderttausend deutschen Landwirthen, um von neuem an den Stufen Eurer Majestät Thrones das Gebälde unwandelbarer deutscher Treue niederzulegen. Die Treue zu Eurer Majestät und zu unseren angestammten Fürsten ruht, wie die Gottesfurcht und Heimathsliebe, tief und fest in den Herzen derer, die die väterländische Scholle bebauen. — Sie treibt uns, Eurer Majestät Gehör zu erbitten für die Noth der deutschen Landwirtschaft. — Unsere Lage ist leider von Jahr zu Jahr eine trübere geworden. Und heute sind wir dahin gekommen, daß selbst in gut geleiteten Wirtschaften, auf besten Böden ein Betriebsverlust sich einstellt. Auch schuldentfreie Besitzer müssen deshalb bei einer Fortdauer der jetzigen schwierigen Lage ihrer Zukunft mit Sorge entgegensehen. — Aus dem Empfinden dieser Gefahren ist der Bund der Landwirthe entstanden zu einer Zeit, in der immer schwerere Wollen für die Landwirtschaft sich aufhärmten. Wir waren seitdem bemüht, in erster Arbeit zu ermitteln, auf welche Weise die heutige Nothlage der deutschen Landwirtschaft beseitigt werden könnte. Eure Majestät wollen geruhen, dies aus den Druckschriften Allergnädigst zu entnehmen, welche wir ehrsüchtvoll überreichen zu dürfen bitten. Mancher der hierin enthaltenen Vorschläge wird der Verbesserung noch bedürfen. Doch darüber können wir nicht im Unklaren sein, daß all unser Schaffen und Können ein vergebliches bleibt, wenn unserer Arbeit nicht der besondere Schutz Eurer Majestät gesichert ist. — Eure Majestät! Der deutsche Bauernstand ringt um seine Existenz. Mit ihm steht und fällt die Zukunft des deutschen Vaterlandes. Und so bitten wir denn für die bedrohte deutsche Landwirtschaft um Allerhöchste deren mächtige Hilfe.“

Geantwortet wurde den Herren folgendes: „Dem Beispiel der ostpreussischen Landwirthe, welche im Oktober v. J. zu mir kamen, folgend, sind auch Sie nun erschienen, um mir Ihre Wünsche vorzutragen. Ihr Empfang ist Ihnen Beweis, wie ernst es mir um das Wohl und Heil Meiner Bauern zu thun, und daß Mein Wort, daß Meine Thür jedem Unterthanen offen stehe, keine leere Formel ist. In dem Eifer, sich selbst zu helfen und den auf der Landwirtschaft lastenden Druck allen Kreisen des Volkes klar zu machen, haben sich Mitglieder Ihres Bundes in dem verflochtenen Jahre zu einer Agitation in Wort und Schrift verfahren lassen, die, über den Rahmen des Zulässigen hinausgehend, Mein landesväterliches Herz tief kränken mußte. In dem heutigen Tage jedoch haben Sie gleichwie Meine Diener dieses Borgehen wieder gut gemacht. Aus der bevorstehenden Berufung des Staatsraths, dem alle einschlagenden Fragen zur Berathung werden vorgelegt werden, mögen Sie ersuchen, wie ich hoffe, unter Mitwirkung von Landwirthen aller Stände erprobliches für die Hebung der Landwirtschaft zu erwirken. Mein landesväterlicher Rath geht deshalb dahin, daß die Herren jeder sensationellen Agitation sich enthalten und mit Vertrauen der Arbeit des Staatsraths folgen mögen. Wir wollen Gott bitten, daß diese Bemühungen zum Heil der Landwirtschaft ausschlagen und daß Ihnen ein gutes Jahr bescheert sein möge.“

Diese letzte Bemerkung von dem guten Jahr — gemeint ist doch jedenfalls ein gutes Erntejahr — werden die Herren nun wohl mit einigem Entsetzen gehört haben. Denn es ist ja bekannt, wie sehr gerade die Landwirthe die guten Erntejahre fürchten, weil in diesen der Kornpreis und damit auch der Profit der „Bauern“ sinkt. Auch so ein Stückchen Unvernunft der „kapitalistischen Produktionsweise“, die ja auch auf dem Lande herrscht, daß die „Besitzer“ des Grundes und Bodens schluchen und wettern, wenn der Erde einmal eine reiche Ernte entsprossen ist.

Was im übrigen dem deutschen Volke aus all diesen Abreden und Antworten und Anträgen und Staatsrathen entsprossen wird, das kann nur die Zukunft lehren. In anderen, parlamentarischen Staaten schafft sich

das Volk selbst die Gesetze, wie es sie braucht; und dort kann man daher die nächsten politischen Aktionen mit einiger Sicherheit voraussehen. — In Deutschland aber, wo ein für Fernerstehende unerschöpfbarer Wille häufig in das politische Werden eingreift und sich durchzusetzen die Macht hat, — in Deutschland ist es unmöglich, vorauszufragen, um beim Bund der Landwirthe zu bleiben, ob das, was jetzt noch Lühner Wunsch der „Bauern“ ist, übers Jahr nicht Gesetz bei uns sein wird.

Und nun in den „Ferienpalast“! Das war ein Drängen und Drücken, ein Schreien und Toben der „deutschen Bauern“, vom richtigen vierstörigen Landmann bis zum geseitelten und pomadifreien Rittergutsbesitzer und Reserve-Lieutenant, — das unvermeidliche Monotonie ins Auge gleuchtet. — Die Leiter des „Vorwärts“ sollten eigentlich um den Bericht über die Generalversammlung des „Bundes der Landwirthe“ betrogen werden, denn „Blättern unserer Richtung sollte die Berichterstattung nicht erleichtert werden“, sagte man auf dem Sekretariat des Bundes einem unserer Berichterstatter, und man mußte ihm deswegen die erbetene Eintrittskarte versagen. Nun, so möge die Zeitung des Bundes aus der Thatfache, daß wir in nachstehendem über die Versammlung berichten, den Schluß ziehen, daß es auch unter den deutschen Bauern schon genügend Sozialdemokraten giebt.

Die Versammlung wurde mit einer großen Begrüßungsrede von dem Vorsitzenden des Bundes, Herrn von Plöb, eröffnet. Zum 1. Punkt der Tagesordnung (Antrag Kanitz) nahm, vom Beifallsgetrappel begrüßt, Herr Graf Kanitz selber das Wort. Er entwarf aber seine Anhänger etwas, da er sich darauf beschränkte, einige allgemeine Bemerkungen vom Stapel zu lassen. Die erwartete große Rede blieb aus. Graf Kanitz erwartete, daß „die Weisheit und Thatkraft des Kaisers“ seinem Antrage die Wege ebnen werde.

An stelle des erkrankten Dr. Roschke sprach für den gleichen Antrag Herr von Wangenheim, der sich ungemein scharf gegen die Handelsverträge äußerte, die er als der „guten Sitte zuwiderlaufend“ bezeichnete. Die Regierung solle sich nicht den Kopf anderer Nationen zerbrechen, die Hauptsache sei, daß die Landwirtschaft erhalten bleibe. (Stürmisches Bravo.) Daß man, wie Graf Caprivi es gethan, den Wünschen der Landwirtschaft mit banalen Phrasen entgegen trete, müsse aufhören. (Wiederholter Beifall.)

Mittlergutsbesitzer Volz sieht den Bankrott des Reiches angeht, der Nothlage der Landwirtschaft in nächster Nähe. Der Antrag Kanitz würde vortreffliche politische Wirkungen haben, folgert der Redner, wenn man diesen einzigen Rettungsweg, was Gott geben mag, beschreitet. Lebhafter Widerspruch regte sich, als der Redner den Wunsch äußerte, daß die Industrie bald Schuler an Schuler mit der Landwirtschaft kämpfen möge. Auch die Arbeiter werden, meint der Herr Referent, sehr zufrieden mit den Folgen sein, nicht zum wenigsten bilde dieser Antrag ein vortreffliches Kampfmittel gegen den Sozialismus. (Beifall.) Wenn der Reichstag den Antrag begrabe, so werde man die Abgeordneten zur Rückgabe ihrer Mandate auffordern. (Sehr gut, Beifall.)

Bei der Rede des Herrn Privatdozenten Dr. Ruhland aus Jülich, die nun folgte, herrschte ziemlich Unruhe, da die Zuhörer durch die bisherigen feurigen Reden schon ziemlich erhitzt waren. Dr. Ruhland zog eine Parallele zwischen dem Angebot Krupps, betreffend Lieferung der Kanonen, und dem vorliegenden Antrag, der im wesentlichen dasselbe ausspricht: Lieferung der Produkte zum Selbstkostenpreise. (Bravo.) — Kampfzähle forderte Herr v. Frege, der dann sprach, gegen alle die Staaten, welche die Goldwährung beibehalten wollen. — Herr v. Wermann-Salisch als einziger stürzte die Harmonie der Reden, als er sich dagegen wandte, daß man die Handelsverträge bekämpfe, die doch nicht ohne weiteres negiert werden könnten. Der Redner wird aber niedergeschrien und durch Schlußrufe gezwungen, abzutreten.

Vorsitzender von Plöb: Ich erkläre mich ganz entschieden gegen die Resolution des Vorredners. (Beifall.) Der Bankrottstand muß erhalten werden, was kommen, was kommen will. (Lobender Beifall.)

Nachdem noch einige Redner gesprochen haben, wird dann, unter Bravo und Hurrahschrei, eine Resolution angenommen, die erklärt, daß die gesetzliche Verwirklichung des Antrages Kanitz das wirksamste Mittel sei, um die für die deutsche Landwirtschaft geradezu vernichtende Wirkung der jetzigen Getreidepreise, welche nicht entzerrt die Produktionskosten decken, schnell und erfolgreich zu bekämpfen.

Gleichzeitig erkläre die Versammlung eine unabweisbare Forderung für die Gesundung unseres gesammten Erwerbslebens in der internationalen Regelung der Währungs-Verhältnisse und des Börsenwesens auf der Basis des effektiven Geschäftes mit wirklicher Waare.

daß ich eine noch schwerere Verantwortlichkeit auf mich laden würde, wenn ich auf dem noch von frischem Blute rauchenden Boden Paraguays einen neuen Krieg anzetteln sollte. Ich zweifle, daß diese neue Saat etwas anderes tragen sollte als erneute Thränen. Ich bin mehr der Meinung, daß jeder von uns durch ehrliebe Arbeit, durch Arbeit auf seiner Scholle, wo er sitzt, und durch gutes Beispiel in seiner Familie und im Kreise seiner nächsten Umgebung zum Wohlergehen des Allgemeinen beitragen sollte. Ich glaube, daß eine solche Arbeit, wenn auch langsame, dennoch sicherer und nachhaltiger zum Ziele führen müßte, als das, wozu Ihr mir rathet. Was Ihr schließlich auch beschließen solltet, ich werde mich am Ende fügen; aber das, was ich eben gesagt habe, halte ich für das Richtige.“ (Fortsetzung folgt.)

Theater.

Im Vesting-Theater war am Sonnabend die Beste Mittel-möglichkeit obenan. Ein Mitglied des Deutschen Theaters, das mit seinem Namen ein bischen Verdien spielte, hatte eine Anzahl Lustspiel, Schwank- und Possenmotive schlecht memorirt und dem betart in sich angehaltenen Stoff einen möglichst einschlagenden Titel gegeben. Das soll dem Mann mit dem Kleinstopf als eine auch von anderen begangene Sünde noch verziehen werden; aber als im hohen Grade bedauerlich muß man es bezeichnen, wenn so ein Autor, der sich an Blumenthal und Schönhan doch gerade genug sein lassen könnte, auch vor dem Heilichsten nicht zurückstreckt und mit unsern Klassikern anbandelt. So geschehen in dem sogenannten Lustspiel „Aus Berlin W.“, in dem auf die unbedenkliche und langweiligste Weise die Färbung der Widerspenstigen modern vermodellt wird. Eine Tochter reicher Pflanzler ist aus wenig ersichtlichen Gründen an einen Dabenschütz von geschicktem Techniker verheiratet worden. Die guten Alten meinen den ganzen ersten Akt hindurch, der mit der Hochzeitfeier eingeleitet wird, über das Schicksal ihres Viebling, den sie bislang auf Händen getragen haben. Endlich entsetzt sich die Hochzeitsgesellschaft und unter dem bekannten Wille „Endlich allein“ sieht das Ehepaar in getreu kopirter Anordnung, das Publikum erhebt ein Gelächter. Die Szene ist einen Augenblick gespannt, das Kommando besteht aber nicht in der Heimführung ins Brautgemach, sondern in einer längeren Auseinandersetzung über die Vertheilung der Herrschafts-

Der Bismarckswärmer Dr. Diederich Hahn überbrachte Grüße aus Friedrichshagen. Er sei beauftragt, mitzutheilen, daß Bismarck auch ein deutscher Bauer sei.

Die folgenden Punkte betrafen die Hebung der Viehzucht, wobei der Referent die Einführung von Wollschafen beantwortet, und die Agitation für das Organ des Bundes, die „Deutsche Tageszeit.“ Nach 8 Uhr abends wurde die General-Versammlung mit dem üblichen Sclandal, Hoch und Hurrah geschlossen.

Dann eilten die braven „Nothleidenden“ zu den Fleischhöfen, die in Keller's Festhallen für sie bereit standen, und dann — nach Vertilgung des Gebotenen — wieder zurück in den Ferienpalast zu einer solennen Festivität.

Gönnen wir ihnen das Vergnügen! Aber sorgen wir auch, soweit in unseren Kräften steht, daß nicht das gesammte deutsche Volk, insbesondere das arbeitende, über kurz oder lang gezwungen werde, die Beche für den „Bund der Landwirthe“ zu bezahlen!

Politische Uebersicht.

Berlin, 18. Februar.

Aus dem Reichstage. In Fortsetzung der Debatte über das Reichsamt des Innern versuchte heute der „frömmste Mann des Hauses“, der Abgeordnete Bingen, den Anhängern der Feuerbestattung eines auszuweichen, indem er dieselben auf eine Stufe mit Anarchisten und Kannibalen stellte. Die Abgeordneten Schröder und Laugesen wiesen diese Ausbrüche eines übergeschnappten Belotismus gebührend zurück.

Zur Position „Reichs-Versicherungsamt“ liegen eine Reihe von Anträgen vor. Den Antrag unserer Fraktion (siehe Reichstagsbericht) begründete Rolkenbuh, indem er auf die Schwierigkeiten hinwies, die heute durch die gesetzlichen Bestimmungen der Erlangung von Alters- und Invalidenrenten in den Weg gelegt werden und wodurch der Zweck des Gesetzes geradezu außer Wirksamkeit gesetzt werde.

Dr. Hise (3.) mußte die Berechtigung des sozialdemokratischen Antrages zugeben, aber er will diesen und andere Beschwerden abgeholfen haben, indem er beantragt, „unter Ablehnung des Antrages Auer und Genossen“

Die verbündeten Regierungen zu erforschen, die Vorlage der in Aussicht gestellten Novelle zur Abänderung des Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung möglichst zu beschleunigen.“

In der Diskussion vertrat der Abgeordnete Steininger den Standpunkt, daß die Alters- und Invalidenversicherung für die Landbevölkerung am besten ganz beseitigt, oder doch nur fakultativ beibehalten werden solle.

In vorgezügelter Stunde übte unser Genosse Brühne noch Kritik an der illoyalen Art, wie manche Berufsgenossenschaften die Opfer von Unfällen um ihre berechtigten Ansprüche auf Rente zu bringen suchen.

Morgen ist Fortsetzung der Debatte. Vor Schluß der Sitzung theilte der Herr Präsident mit, daß er die Absicht habe, am nächsten Donnerstag die Tabaksteuer-Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen. —

Das Disziplinarmittel der Wortentziehung ist im deutschen Reichstag nicht einmal bloß, wie Bebel am Sonnabend mittheilte, zur Anwendung gekommen, sondern zweimal, und zwar das zweite Mal im Jahre 1879 gegen Viehnecht, der bei der Debatte über den ersten Rechenschaftsbericht betreffend Handhabung des Sozialistengesetzes vom Präsidenten Jordanbeck zweimal zur Ordnung gerufen und dem dann, als er sein Eigenbleiben bei einem Hochruf auf den Kaiser rechtfertigte, von diesem servilsten aller Reichstagspräsidenten das Wort entzogen wurde. Das Vorgehen Jordanbeck's war in diesem Falle so flagrant ungerecht, daß, obgleich Viehnecht es unter seiner Würde hielt, sich zu beschweren, im Seniorenkongress und in der Geschäftsordnungskommission, namentlich von Windthorst unzuweilig und missbilligende Urtheile gefällt wurden, wodurch die veränderte Zusammensetzung des Reichstags (infolge der 78er Wahl, mit dem „An die Wand drücken“ der Nationalliberalen) ohnehin erschütterte Stellung Jordanbeck's vollends unhaltbar gemacht und sein Rücktritt von der Präsidentschaft herbeigeführt wurde. So sind die beiden national-liberalen Präsidenten des Reichstags an dem Mißbrauch der Disziplinargewalt Sozialdemokraten gegenüber zu Falle gekommen. Und jetzt will man behaupten, eine Geschäfts-

rechte in der bürgerlichen Ehe, in einer mit wenig national-ökonomischen Kenntnissen geführten Debatte über die Macht des Mannes, der Frau erheirateten Geldes im Verhältnis zu dem als einziges Kapital in die Ehe gebrachten Erfindertalent des Mannes. Beide Theile beanpruchten für sich die absolute Gewalt und da keines nachgeben will, schließt die junge Frau die Thür von außen zu und läßt den Herrn Gemahl allein. Dieser entzweit zum Zweck des Selbststudiums dem neugierigen Hausvater die Geschichte des siebenjährigen Krieges und dann fällt der Vorhang. Der zweite Akt enthält eine Anzahl Possenmotive kopirt und schließt zum Uebrigen die Kriegserzählungen zur Färbung der Widerspenstigen in sich. Diese wird, damit sie Bescheidenheit und Unterwürfigkeit lerne, von ihrem Mann mit Gewalt nach der Müllehr 179 geschleift, allwo sich im dritten Stock die Junggesellenwohnung des neuesten Petruccio befindet. Vom dritten Akt genügt der Schluß. Die in der Zwischenpause, der Himmel weiß wie, „Gehämte“ überschüttet ihre Eltern mit einer Fluth von Vorwürfen über die empfangene schlechte Erziehung und steigt dann ruhig in die Arme ihres Mannes. Freiwirtel der sonst so skandalisierenden Zuschauer brachen in lebhaftem Beifall aus. Herr Blumenthal erscheint auf der Scene und erklärt, dem durch seine Persönlichkeit am Ernten des Erfolges verhinderten Autor umgehend von dem Jubel Kenntniß geben zu wollen.

Die besten Kräfte des Vesting-Theaters — Frau v. Pölnitz einzig aufgeschlossen — hatten in dem armseligen Stück mitzuwirken. Fr. Jenny Groß als Begehnte und Herr Sauer als Wändiger gaben sich redliche Mühe, um aus ihren Rollen etwas zu machen. Dergleichen die Damen Reichenhofer und Marie Mayer, sowie die Herren Gutherz, Schönfeld, Wehlin und Vorwerk.

Central-Theater. Unsere Rentiers. Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannsdorf und Julius Freund. Musik von Julius Gindshofer. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schall.

Der Inhalt dieser Posse hätte zu einem ersten Vollstück ausgereicht, da wäre aber auf der Bühne kein Raum geblieben für Ballet-Evolutionen, Fechtübungen, Blumenkorsos, Hubertusjagd und dergleichen. Die Hauptpersonen des Stückes sind biederer gut gestellte Bürgerleute, ein Wirth, ein Bäckermeister und ein Handschuhhändler, die gleichzeitig den Entschluß fassen, sich zur Ruhe zu setzen und von ihren Renten zu leben. Alle drei leben dabei weit über ihre Verhältnisse, woran bei dem einen die krankhafte Sucht, zu reisen, bei dem beiden anderen die Sucht der Frauen, sich gegenseitig in Extravaganzen zu übertreffen die Schuld trägt, zum Glück, als

Zeit unten in Buenos Aires seine Studien beendet hatte, und bescheiden an der Thür hielt sich Silvano Godon, der ab und zu einen vertholenen Blick auf Frau Gill warf.

„Seien Sie also noch einmal willkommen,“ sagte Caballero, als diese ihr Ideegedächtnis geleert hatte, und gestatteten Sie mir, daß ich Ihnen den Vorschlag über diese uneinige Gesellschaft übertrage, die nicht im Stande ist, einen einmüthigen Entschluß zu fassen. Mit Freunden sehe ich, daß es noch paraguayische Frauen giebt, die der alten Geschichte eingedenk, sich nicht scheuen auch ihrerseits ihren Einfluß auszuüben, wo es sich um das Wohl des Landes handelt; denn ich glaube kaum, daß Sie aus einem andern Grunde gekommen sein dürften, als um mit Ihrem Hiersein zu zeigen, wie man in Asuncion denkt!“

„Und um was handelt es sich eigentlich,“ fragte Concepcion.

„Es handelt sich darum,“ sagte Rivarola, „ob wir uns entschließen, in unserem Vaterlande die Brandfackel des inneren Krieges zu entzünden, ob wir eine Revolution machen sollen oder nicht. Stündlich belagern mich hier meine Freunde, Ihr Gemahl und zu guter Letzt auch der General, daß ich mich an die Spitze einer Erhebung setze, die weiß, Gott welchen Ausgang haben kann. Ich habe mich hier in diesen Waldwinkel zurückgezogen, um zu arbeiten und zu vergessen, und man will mich wieder herausreißen ins ungewisse hinein. Ich muß es gestehen, daß ich mich für den Augenblick für die Sache nicht begeistern kann. Es ist zu kurze Zeit verlossen, daß ich die Gewalt in andere Hände gelassen habe und zudem bin ich der Meinung, daß wir nutzlos Bruderkrieg vergießen werden, ohne etwas Erhebliches zu erzielen. Das ist, wie gesagt, meine eigene persönliche Meinung. Ich kann sagen, daß ich mit großen Hoffnungen seinerzeit die Regierung übernahm; ich nahm damals an, daß alle meine Mitbürger, die durch die Schrecknisse des großen Krieges gegangen waren, ihr Interesse für das allgemeine Wohl naturgemäß zeigen und beweisen müßten; ich täuschte mich in vielen. Vielleicht habe auch ich mich geirrt in der Wahl meiner Mittel, die ich angewendete, um nach meinem besten Wissen dem Vaterlande anzuhelfen; aber ich glaube heute,

ordnung, deren schärfstes Disziplinarmittel in 27 Jahren nur zweimal zur Anwendung gelangt ist, und diese zwei Male zu unrecht, sei nicht scharf genug! Wahrhaftig, die so sagen und denken, verdienen die Peitsche."

Von einer Anklage gegen den gewohnheitsmäßigen Duckanten Freiherrn v. Stumm wegen seiner jüngsten Verletzung des den Nord durch sogenannten Zweikampf betreffenden Paragraphen des Strafgesetzbuchs ist noch nichts bekannt geworden, auch beim Reichstag ist noch kein Antrag der Staatsanwaltschaft eingegangen, die strafrechtliche Verfolgung des Abg. Stumm zu gestatten. Solcher Antrag lief doch beim Reichstag "sehr schnell" ein. — Wo ist nun jetzt die Staatsanwaltschaft? Soll der Umsturz der Justiz schon beginnen, ehe er durch die Umstürzvorlage zum Gesetz gemacht ist? Die Sache ist von solcher prinzipiellen Wichtigkeit, daß der preussische Landtag sich mit ihr beschäftigen muß, wenn die Staatsanwaltschaft nicht noch in letzter Minute Kenntnis von einem flagranten Kriminalvergehen erlangt, wovon die ganze übrige Welt seit Wochen spricht. —

Die Zusammensetzung des württembergischen Landtags. In Nr. 274 des "Vorwärts" vom Jahre 1894 gruppierten wir die 70 Abgeordneten der seitherigen württembergischen Volksvertretung nach ihren Verufen. Trotz des "Zuges nach links" hat die neue Kammer, wie die alte, noch eine hübsche Portion von Beamten und Angehörigen der bestehenden Klassen als sogenannte "Volksvertreter". In der zweiten Kammer sitzen jetzt auf die Dauer von 6 Jahren: 1 Minister, 2 Präsidanten, 1 Landgerichts-Direktor, 2 Landgerichts-Räte, 1 Landrichter, 1 Reichsgerichts-Rath a. D. Diesen 7 resp. 8 höheren Staatsbeamten stehen 10 Ortsvorsteher und 8 Gemeinderäte (1 Seifenfabrik, 1 Oekonom, 3 Kaufleute, 1 Schriftsetzer (Genosse Glaser - Gannstatt) und 1 Bürgerausschuss-Mitglied (Genosse Schreiner Kloss - Stuttgart) gegenüber. Außerdem 4 Rechtsanwältin, 1 Schulinspektor, 1 Rektor, 1 Oberlehrer, 2 Lehrer, 3 Redakteure (Zentrum, Konf., Volkspartei), 2 Kommerzienräthe, 6 Fabrikanten, 2 Oekonomieräthe, 6 Gutbesitzer, 2 Oberamtsbeamte, 1 Beamter, 1 Thierarzt, 1 Bankdirektor, 3 Kaufleute (inklusive der obigen 3), je 1 Holzhändler, Bierbrauer, Kunsttänzer, Privatier, Drechsler und Metzgermeister sowie 2 Wirthe. Hierzu kommen noch, wie schon in Nr. 274 bemerkt, 28 Privilegirte (18 Adelige, 9 Geistliche, 1 Universitätskanzler), die aber nicht vom Volk gewählt werden. — Außer den beiden sozialdemokratischen Abgeordneten ist somit kein Arbeiter in der Kammer thätig und bleibt daher auch der jetzige Landtag wie der verfloßene eine Klassenvertretung; denn zu der großen Zahl der Arbeiter und den abgegebenen 92 000 sozialdemokratischen Stimmen stehen 2 Abgeordnete in keinem richtigen Verhältnis.

Erhöhung der Einkommensteuer in Württemberg. Die württembergische Regierung plant nach einem hoch-offiziösen Artikel des "Staats-Anzeiger" eine bedeutende Erhöhung der Einkommensteuer, — ohne natürlich ihren Einfluß zur Erniedrigung der indirekten Steuern ausüben zu wollen. —

Ein drastisches Beispiel, daß die Herren National-Liberalen Feinde des allgemeinen, gleichen Wahlsrechts sind, zeigte sich am Freitag Abend in Stuttgart. Als in der Wiederhalle, dem Wahllokal der deutschen Partei, die Nachricht von dem Siege unseres Genossen Kloss eintraf, rief der durchgefallene national-liberale Kandidat Dr. Schall: "Das allgemeine Wahlrecht hat heute ein Unrecht begangen." — Wenn also die National-Liberalen bei einer Wahl glänzend durchfallen, dann ist es ein Unrecht, wenn aber Anhänger der Sozialdemokratie aus den gesetzgebenden Körperschaften ausgeschlossen werden, dann finden es diese Leute ganz in der Ordnung. Diese Herren sollen nur so weiter wirtschaften, das Volk wird sich dann immer mehr von ihnen abwenden und ihr Vertrauen nur den sozialdemokratischen Vertretern zuwenden. Ob nun wohl die württembergischen National-Liberalen für die sozialdemokratische Forderung: Einführung des Proportional-Wahlsystems zu haben sind, wird die Zukunft lehren. —

Der badische Handelstag erklärte sich gegen die Schaffung eines zur Wahrung der Interessen für Handel und Industrie bestimmten technischen Beiraths und eines der Staatsregierung dienenden Zentralorgans der Handelskammer. Die Nothwendigkeit der Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handelsgewerbe wurde verneint. Dem Gesetzentwurf zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs stimmte der Handelstag bei, brachte aber hierzu eine Reihe von Änderungen in Vorschlag. Weiter erklärte er sich mit der Regierungsvorlage auf Abänderung des § 44 Absatz 3 der Gewerbe-Ordnung einverstanden, sowie mit der Ermäßigung der Fernsprechkosten auf 100 M. für den einzelnen Anschluß. Dagegen sprach sich der Handelstag gegen die Kündigung des Handelsvertrags mit Argentinien und gegen die Einführung eines Bolles auf Quebrachholz aus, andererseits

das Geld bei allen bis auf den letzten Pfennig verputzt ist, entschließen sich alle drei wieder, Bäckermeister, Birch und Handhändler zu werden. Die Tochter des Wirths bekommt den ehemaligen Oberkellner und nachherigen Wirth der Wirthschaft ihres Vaters zum Manne. Alles schwimmt in Seligkeit und sieht beglückt den Liebungen eines Mädchen-Sportclubs zu. Die gute Idee des Stüdes ist nicht ausgeführt, sie dient bloß als Anlaß zu allen möglichen Regierunghändeln. Die Regie war vorzüglich, das Spiel gut, die eingetretenen Koupets zum theil recht witzig und die Auspielungen waren oft politisch sehr pointirt. Von den Darstellern sind besonders lobend zu erwähnen Herr Thomas und die den hamburgischen Dialekt trefflich beherrschende Debitantin Fräulein Reumann als Wirth und Wirthin Papendick, Herr Müller und Fräulein Dora als Bäckermeister Krebs und Frau. Unter den Episdolfiguren sind besonders lobend hervorzuheben Fräulein Dörfling als Dienstmädchen und der kleine Wehling als Piffolo. Wichtiger als alle schauspielerische Kunst war aber für die Direktion der Lust der Regie. Hierbei ließ sie es an nichts fehlen. Wir glauben, daß die Regierunghändeln dem Stüde zu vielen Wiederholungen verhelfen werden. Das Publikum lachte nicht mit seinem Beifall.

"Spiritismus". Ein dreiaktiges Drama dieses Namens wurde am Sonntag Nachmittag im Nationaltheater auf Betreiben des Vereines "Psyche" aufgeführt, um den im ungläubigen Osten Veritas arg in Mißkredit gerathenen überflüssigen Mächten zu einem Ansehen zu verhelfen. Das Unternehmen war insofern recht klug eingeschätzt, als durchaus nicht allein feilsche, sondern in recht ansehnlicher Aufhäufung auch körperliche Gebreden auf die Bühne traten, welche ihren Urgrund in den Pfuschereien und Unaufrichtigkeit der Berufsstände hatten. Ein wahres Bracht-exemplar so eines mit allen Chikanen schauder Wissenschaftlichkeit ausgerüsteten Böhweichts war denn auch in dem Stück vertreten. Aber als Engel des Lichts tritt ihm ein Magnetiseur entgegen, der durch seine Beziehungen zur vierten Dimension so viel als möglich wieder gut machte und nur insofern recht respektwürdig handelte, als er wider Willen den Spiritismus noch lächerlicher machte, als er so schon ist. Das alberne Opus wurde so übernatürlich wie möglich gespielt. Herr Bach war ein grimmiger Wirth und Herr Wessels ein wahrhaft edler Mensch. Das National-Theater zeigte bei dieser Gelegenheit wiederum, daß es außerordentlich viel ertragen kann.

wiederm für Schaffung einer Stabilität für die deutsch-argentinischen Handelsbeziehungen durch einen Meistbegünstigungs- und Zolltarif-Vertrag mit Argentinien.

Die österreichischen Provinziallandtage haben am 16. Februar ihre Session geschlossen. —

Von einer neuen Verschiebung des europäischen Gleichgewichts reden und schreiben wieder einmal die höheren Rannegieser. Nach dem römischen Korrespondenten eines englischen Blattes soll die deutsche Regierung mit der italienischen "behuft Erlangung des Beitritts Russlands zum Dreibund" unterhandelt haben. Natürlich Phantasiepolitik, die ebenso geistreich ist, wie die vor mehreren Jahren kursirende Lesart derselben Jagdgeschichte, daß England dem Dreibund beitreten werde. Die ausschlaggebende Stellung Russlands besteht jetzt gerade darin, daß es dem Dreibund bei jeder Gelegenheit das französisch-russische Bündniß zwischen die Beine werfen kann. Die russische Diplomatie müßte blödsinnig geworden sein, wollte sie diesen Vortheil aus der Hand geben. —

Der nächste internationale Arbeiterkongress wird endgiltig den Namen: **Internationale Arbeiter- und Gewerkschaftskongress** führen (International Socialist and Trade Union Congress). Auf die Umfrage des vorbereitenden englischen Komitees, ob die Worte "und Gewerkschafts"- (Kongress) hinzuzufügen seien, sind aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Spanien, Holland, der Schweiz, Dänemark und Polen zu stimmende Antworten erfolgt; und die Organisationen der Länder, aus denen die Antwort noch nicht eingetroffen ist, wird zweifellos ebenfalls zustimmend lauten. — Der Kassirer des Kongresskomitees ist Genosse W. Justip (nicht Jntip, wie es in der Sonntagsnummer hieß); und die Adresse des deutschen Uebersetzers Edward Kveling ist: 7 Gray's Inn Square, W. O. London. —

Ausweisungen und kein Ende. Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

Die Schweizerische Bundesanwaltschaft und der Bundesrath fahren in ihrem Eifer zur Reinigung des Landes von den Anarchisten fort. Neuerdings sind 5 Anarchisten, "worunter gemeingefährliche Subjekte," aus dem Kanton Tessin und aus der ganzen Eidgenossenschaft ausgewiesen worden. Weßhalb die ausgewiesenen "gemeingefährliche Subjekte" sind und was sie eigentlich verbrochen haben, das wird, alter Praxis treu, nicht gesagt. Bis jetzt haben wir viel weniger die als "Anarchisten" ausgewiesenen, als vielmehr die bundesanwaltschaftliche Thätigkeit als gemeingefährlich empfunden, sagt mit männlicher Offenheit der Basler "Vorwärts" und knüpft daran die Frage, ob ein Mitglied der Bundesversammlung das Herz hat, in der nächsten Session den Bundesrath über das lichtscheue Treiben seines Generalsanwalts zur Rede zu stellen? Wenn es der sozialdemokratische Nationalrath Vogelzanger in Zürich nicht thut, ein anderer Abgeordneter wird sich zu solcher Interpellation nicht entschließen. Eine scharfe Kritik des Ausweisungsbekehrs im Parlament wäre wirklich sehr am Plage. —

Ein Todter, der wiederkommt — un revenant — so heißt unser französisches Hauptorgan, die "Petit République", eine Mittheilung über Herrn Constan's, der sich wieder in auffälliger Weise hervorgethan. Nun, Herr Ribot hatte früher freundliche Beziehungen zu Constan's, und dieser mag wohl denken, wenn Ribot wieder möglich sei, dann habe auch er noch Aussichten. Indeß Herr Constan's dürfte sich doch täuschen; er ist, seit Ferry's Tod, der verachtete Mann in Frankreich, und Rochefort, den er in dem Boulanger-Prozess sich zum grimmigen Feinde gemacht hat, wird ihn sicherlich seinen Augenblick aus den Augen lassen und dafür sorgen, daß der Todte nicht wiederkommt. —

Der Streik in Roanne — Frankreich — dauert fort. Die Arbeitgeber haben sich zwar bereit erklärt, Arbeiter-Deputationen "zu empfangen" — wie großmüthig! — aber, sie haben gleichzeitig auch erklärt, in keinem Punkte nachgeben zu wollen. Unter solchen Umständen haben unsere Genossen in der spanjolisichen Kammer: Saudin und Thivrier sich veranlaßt gefunden, mit dem Minister des Innern, Lagasse, persönlich Rücksprache zu nehmen. Herr Lagasse hat sich bereit erklärt, den streikenden Theilen seine Vermittlung anzubieten, jedoch nur unter der Bedingung absoluter Neutralität. Nun, letztere Versicherung war höchst überflüssig. Freilich, es liegt darin ein kleiner Fortschritt, denn bis jetzt war die Regierung nicht neutral, sondern entschieden parteiisch für die Arbeitgeber. —

And Anshand wird uns geschrieben: Die durch viele Jahre des Kampfes bis aufs äusserste erschöpfte russische Gesellschaft hoffte in den letzten drei Monaten, daß der neue Zar selbst von seinem engen dynastischen Standpunkte aus, die ganze Gefahr der asiatischen Politik seines Vaters einsehen und dem Volke, der Gesellschaft nachgebend, auf einen Kompromiß eingehen würde.

Durch solchen Kompromiß und bei den Verhältnissen des gegenwärtigen Augenblicks, wo das Volk von der Intelligenz abgeschnitten ist, wo diese letztere, ersehnt, jede Hoffnung sich des Despotismus zu entlasten, verloren hatte, wo der größte Theil der Gesellschaft außer jedem Einfluß, jeder aktiven Theilnahme an der Regierung darlehnt — in diesem Augenblick konnte der russische Zar für sich selbst und für seine Dynastie mehr Vortheile als je ziehen. Ein einziger Schritt seinerseits könnte ihm die Sympathie der Gesellschaft und die Liebe des Volkes sichern, und dadurch könnte er sich eine dauernde und ruhige Regierung schaffen. Aber er zieht die schändliche Griftzins seines Vaters der Liebe des Volkes vor, den Haß der Sympathie.

Indem er die heiligsten Hoffnungen des besten Theiles der russischen Gesellschaft "absurde Träume" nennt, belächelt er nicht nur diese letztere, sondern auch die besten Gesellschaften der zivilisirten Welt. Er schafft sich aus seinen möglichen Freunden — Feinde.

Die Versicherung, der Politik seines Vaters zu folgen, beweist andererseits, daß das russische Volk nichts als Unglück und Erniedrigung zu erwarten hat.

Also der Hebehandschuh wurde dem ganzen russischen Volke hingeworfen. Gut! Deito schlimmer für den Zaren. Wir und unsere Freunde, wir haben den Handschuh auf, ohne zu zweifeln, daß wir jetzt neue Bundesgenossen in der belebtesten Gesellschaft haben. Besonnen geben wir zum Volke, um ihm die Augen zu öffnen. Mit reinem Gewissen und voller Sicherheit des Sieges gehen wir in den Kampf für die bedrohten Rechte unseres Volkes.

Wir wissen, daß der Kampf schwer und grausam sein wird, daß wahrscheinlich viele von uns den Sieg nicht erleben werden, aber er wird ohne Zweifel kommen.

Wägen und die braven Stimmen, die dem Zaren so offen die Wahrheit sagten, als Pfand des innigen Bundes gegen den gemeinsamen Feind dienen!

Eine Gruppe russischer Sozialisten.

Die Mitglieder der Semstwo von Twer, die an den Zar Nikolaus II. die Petition um Theilnahme der Ständevertreter an der Verwaltung der inneren Angelegenheiten gerichtet hatten, sind einer vom Zar diktierten Strafe unterzogen worden. Auf die an den Minister des Innern zurückgelangte Petition der Twer'schen Semstwo schrieb Nikolaus II. folgende Resolution: "Allen Weismarschällen des Gouvernements Twer eine strenge Rüge ertheilen; den Deputirten Roditschew, der die Absendung der Petition anregte, des Wahlrechts für immer ent-

ziehen." Außerdem hat Minister Burnowo ein Mitglied der Twerer Semstwo, den bekannten russischen Nationalökonom und Publizisten Golowatschew, von der dreigliedrigen Deputation, welche dem Zar sich vorstellen sollte, ausgeschlossen. —

Die russische Pressfreiheit. Vor kurzem meldeten verschiedene Petersburger Blätter, daß eine besondere Kommission niedergesetzt werden solle zur Durchsicht der Bestimmungen über die ausländische Zensur mit dem besondern Zweck, ausländischen Zeitungen den Eintritt zu erleichtern. Diese Mittheilung soll nun aber, neueren Meldungen zufolge, ganz unbegründet sein. — Das letztere glauben wir eher als das erstere. —

Auf die großen ökonomischen Folgen, die der Krieg zwischen Japan und China voraussichtlich haben wird, haben wir schon wiederholt hingewiesen. So sehr auch die Chinesen unter dem Geßel der Trägheit stehen mögen, die Niederlagen, die ihnen jetzt von den Japanern zugefügt worden sind, können nicht ohne Wirkung auf sie sein, und es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der Zeitpunkt, wo das ungeheure chinesische Reich mit seinen 400 Millionen gewerbethätigen, mechanisch hoch veranlagten und bedürfnislosen — also vom Standpunkt des Kapitalismus wahrhaft idealen — Einwohnern in den Konkurrenzkampf mit den übrigen Völkern eintreten muß, durch den gegenwärtigen Krieg wesentlich näher gerückt wird.

Und das zweite der kämpfenden asiatischen Reiche, Japan, rüftet sich schon jetzt für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt. Wie wir englischen Zeitungen entnehmen, hat sich eine Anzahl japanischer Zeehändler zusammengethan, um in Russland, wo bisher der chinesische Thee das Monopol hatte, den japanischen Thee, der dem chinesischen nichts nachgeben soll, einzuführen. Gelingt dieser Plan, so wäre das für China ein härterer Schlag, als alle bisherigen Niederlagen im Felde. Aber auch ein Schlag, der den chinesischen Kolos mehr und mehr zur Aufhebung der bisherigen Abgeschlossenheit und zum Hinausgehen auf den Weltmarkt zwingen muß. —

Zum japanisch-chinesischen Krieg meldet heute eine verspätet eingetroffene amtliche Depesche aus Weihaiwei vom 18. d. M., Admiral Tjo habe als Antwort auf das Anerbieten der Chinesen, sich zu ergeben, das Verlangen gestellt, daß der Seehafen geöffnet werde. Da der am 13. Februar morgens zurückgekommene Bote meldete, Admiral Ting habe in der Nacht vom 12. Februar Selbstmord begangen, sei die Verantwortlichkeit Mac Dure übertragen worden, mit dem Admiral Tjo augenblicklich konferire.

Yokohama, 17. Februar. Eine amtliche Depesche des Marshalls Oyama vom 14. Februar meldet die am 13. d. M. erfolgte Kapitulation der chinesischen Forts und der chinesischen Kriegsschiffe. Ferner meldet Oyama: Am 12. Februar abends starb Admiral Ting mit zwei anderen chinesischen Offizieren durch Selbstmord, nachdem er zuvor in einem Schreiben die Kapitulationsbedingungen der Japaner angenommen hatte. Nach diesen Bedingungen sollten die Garnison der Forts und die Mannschaften der chinesischen Kriegsschiffe jenseits der japanischen Linien geschickt und in Freiheit gesetzt werden. Die Ausländer und die Offiziere sollten zu Schiff weit weggebracht und entlassen werden.

Der Kommandant des ersten japanischen Armeekorps telegraphirte unter dem gestrigen Datum folgendes: 15 000 Chinesen gefaßt, unterstellt durch das Feuer von 12 Kanonen, heute Gefaßt an, wobei sie konzentrisch auf drei verschiedenen Wegen vordrangen. Sie wurden unter großen Verlusten zurückgeworfen und ließen mehr als 100 Tode auf dem Kampflage zurück. Die Japaner hatten nur einen Verlust von drei Tode und zwei Verwundeten.

Hongkong, 18. Februar. (Meldung des "Neuer'schen Bureau's") Das englische Kriegsschiff "Mercury" ist auf dringendes Ersuchen des englischen Konsuls nach Formosa zum Schutze der Fremden entsandt worden.

Verwaltungsreform auf Cuba. Die spanische Deputirtenkammer hat am Mittwoch mit 245 Stimmen gegen 8 Enthaltungen die erste Grundlage der Reformen für die Insel Cuba angenommen. Der Entwurf gewährt der Insel eine Art Selbstverwaltung, mit einem Kolonialrath an der Spitze, der zum theil gewählt, zum theil von der Regierung ernannt ist und administrative und finanzielle Vollmachten besitzt. —

Verschönerung auf Batavia. Auf der zum holländischen Kolonialbesitz gehörenden Insel Batavia soll in der Gegend von Tjambca, Residenzstadt Witenborg, eine Verschönerung unternommen werden, welche die Niederwechlung der Europäer und Chinesen bezweckt. Die Häupter der Verschönerung und 50 Mitschuldige sollen verhaftet sein. —

Parteinachrichten.

Bei den gestrigen Kommunalwahlen in Charlottenburg erhielten die vereinigten Mischnach-Parteien 649, die Sozialdemokraten 368 Stimmen. Gegen den ersten Wahlgang vor 4 Wochen hat die Sozialdemokratie 85 Stimmen, gegen die Wahl von 1893 301 Stimmen zugenommen.

Der Boykott in Magdeburg. Als vor mehreren Wochen von den Parteigenossen Magdeburgs der Boykott über die Brauereien aufgehoben wurde, erhielt die Lokalkommission den Auftrag, Umfrage bei allen Saalbesitzern zu halten, ob sie nunmehr gewillt seien, ihren Saal den Sozialdemokraten zur Verfügung zu stellen. Am Sonnabend erstattete die Kommission Bericht über ihre Thätigkeit. Das Resultat war ein der Partei ungünstiges. 26 der größten Saalbesitzer von Magdeburg und Umgegend haben ihren Saal verweigert, 14 hatten bis dahin eine Erklärung noch nicht abgegeben, während nur 16, meist kleinere Saalhaber, die bindende Erklärung abgegeben haben, ihren Saal allen politischen und gewerkschaftlichen Vereinen zur Verfügung zu stellen. Die Furcht vor dem drohenden Militärboykott und polizeilichen Maßnahmen waren fast in allen Fällen die Gründe der ablehnenden Antwort, zu der sich die meisten Wirthe nur ungern entschlossen hatten. Hieraus ist wieder ersichtlich, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die berufsmäßigen Hüter der Ordnung es sind, welche durch Verurtheilungen u. s. w. die Bürger in ihrem Gewerbe stören. Die Sozialdemokratie Magdeburgs hat darauf die einzig mögliche Antwort gegeben, indem sie über alle jene Lokale, die ihr versperrt sind, die Saalsperre verhängte.

Die Auflösung des sächsischen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes veranlaßt unser Zwickauer Parteiorgan am Schluß eines die Angelegenheit behandelnden Artikels zu folgenden Auslassungen: "Gelingt es nun, den Schlag, der gegen den blühenden Berg- und Hüttenarbeiter-Verband Sachsens geführt worden ist, zu pariren oder nicht, in jedem Falle hoffen wir, die Bergarbeiter Sachsens, die trotz aller loyalen Gegenpetitionen gegen die seinerzeitige Kundgebung des Verbandes ihrer großen Mehrheit nach sozialdemokratisch sind, auf rechten Kopf an der Seite der übrigen Arbeiter Sachsens, die sich seit Jahr und Tag in heftigster Fehde mit Maßregeln der Regierung und der gegnerischen Parteien befinden, zu setzen. Die Wogen der Reaktion schlagen zu Sachsens hoch, Schlag auf Schlag wird gegen die Reihen der Sozialdemokratie geführt und

von dieser — parirt; im Dresdener, Leipziger, Chemnitzer und Zwickauer Bezirke erfolgen Aufstellungen, Verbote, Zittungen und selbst Hausdurchsuchungen. Dazu werben die Landtagswahlen für den Herbst, sowie das noch im Embryo befindliche „Umsatz“gesetz bereits starke Schlaglichter voraus, die unsere sächsischen Parteigenossen beachten müssen und in der That beachten. — Wir sind erst am Anfang! Das politische Wetterglas deutet auf Sturm. Möge niemand von letzterem überrascht werden, so daß den Sozialdemokraten am Ende der Sieg bleibt. — Vorwärts! Summe vorwärts!

In der That gegen die Sozialdemokratie haben die „unpolitischen“ Kriegervereine schon stets ein Erkelndes geleistet. Das darin die sächsischen Kriegervereine den anderen nur einige Nasenlängen voraus sind, darf nicht Wunder nehmen; es entspricht das dem „Zuge der Zeit“. Haben sich die sächsischen Behörden in letzter Zeit auch gegen die Arbeiter-Konsumvereine gewendet, so sind die Kriegervereine ihnen schleunigst auf diesem Pfade gefolgt. Wie wir in sächsischen Parteiblättern lesen, ist auf der kürzlich in Dresden stattgehabten Bundes-Generalversammlung des Militärvereins-Bundes beschlossen worden, daß alle Kameraden, welche einem Konsum- oder anderen Vereine angehören, dessen Leitung sich nachweislich in sozialdemokratischen Händen befindet, bei Vermeidung der Ausschließung aus dem Militärverein aus allen derartigen Vereinen auszutreten haben. — An diesem Beispiel zeigt es sich wieder, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die Gegner es sind, welche die politische Unbuddsamkeit immer mehr auf die Spitze treiben. Nur, daß die Früchte nicht ihnen, sondern schließlich doch in den Schooß fallen.

Ausschluß aus dem Stadtverordneten-Kollegium. Genosse Karl Grünberg in Partha hatte am 11. d. Mts. eine 14tägige Gefängnisstrafe verbüßt, die er sich im Kampfe mit den herrschenden Parteien, also wegen eines politischen Vergehens, zugezogen hatte. Nach seiner Entlassung erhielt er eine Zusage vom Stadt-Gemeinderathe, in der ihm mitgeteilt wird, daß ihm infolge der verbüßten Freiheitsstrafe sein Stadtverordnetenmandat aberkannt worden sei. Der Gemeindegewalt war ein Jahre Mitglied dieser Körperschaft. Besser als durch solche Maßregeln kann die ohnmächtige Wuth der Gegner wohl kaum gekennzeichnet werden.

Todtenliste der Partei. In Pölsnitz bei Freiburg i. Schl. wurde am Donnerstag der Genosse Franz zur letzten Ruhe gebracht. Genossen aus Freiburg, Waldenburg u. s. w. gaben ihm das Geleit und legten Kränze auf sein Grab.

Die Genossen von Steinach betrauern den Tod des Genossen Heinz. Dieser war erst 43 Jahre alt und hinterläßt Frau mit 5 Kindern.

Auch in Wandersbeck ist ein alter Kämpfer für die Sozialdemokratie aus dem Leben geschieden. Der Tischler Friedrich Böllers starb am Mittwoch nach längerer Krankheit. Der Verstorbene gehörte seit vielen Jahren der Partei und seiner Gewerkschaft an.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Genosse Robert Lindner, als Vorsitzender einer Versammlung der Tabakarbeiter, die am 6. Oktober v. J. in Görlitz stattfand und sich gegen jede weitere Besteuerung des Tabaks wandte, hatte in einem Schlusswort die Anwesenden aufgefordert, tüchtig zu agitieren und sich der Sozialdemokratie anzuschließen; wenn aber alles Agitieren und Protestieren nichts nütze und ihnen durch die neue Steuer das letzte bißchen Brot noch genommen werden sollte, dann müsse es „Pulver regnen und der Blitz drein schlagen“. Diese Aeußerung hatte eine Anklage wegen Aufreizung zur Folge, die am 18. Februar verhandelt wurde, und in der der Staatsanwalt, weil in einer politisch erregbaren Zeit, wie der heutigen, die Möglichkeit leicht gegeben sei, die Bevölkerungsklassen zu Gewaltthatigkeiten gegen einander aufzureizen, 8 Monate Gefängnis beantragte. — Der Gerichtshof war aber, wie Lindner auch sagte, der Meinung, daß es lediglich eine Aufreizung des Mißmuthes gewesen sei und nicht notwendig eine Aufreizung darin gefunden werden müsse, und sprach ihn frei.

— Auf „grundlosen Voraussetzungen“ beruht nach Meinung des Stadttraths von Kadeberg (Sachsen) der Protest gegen die Tabaksteuer. Er verbot deshalb eine bei ihm angemeldete Versammlung mit folgender samosen Begründung: Die Abhaltung der von Ihnen für Sonnabend, den 9. Februar 1895, abends 8 Uhr, angemeldeten, als öffentliche Protestversammlung bezeichneten Versammlung wird hiermit untersagt, weil das Punkt 1 der Tagesordnung aufgestellte Vortragsthema auf grundlosen Voraussetzungen beruht und nicht ungeeignet erscheint, Beunruhigungen hervorzurufen und nach Befinden zu Gesetzesübertretungen geneigt zu machen. Kadeberg, am 8. Februar 1895. Der Stadttrath. Kumpelt. — Die Tabak-Fabrikatsteuer betrifft in erster Linie den kleinen Mann, den Arbeiter, macht tausende und abertausende von Zigarrenarbeitern arbeitslos und überläßt sie dem Glend, der Landstrafe — aber die betroffenen Steuerzahler sowohl als die Zigarrenarbeiter selbst dürfen darüber nicht reden! — Maul halten und Steuer zahlen ist das Einzige, was dem sächsischen Bürger noch gestattet wird.

Soziale Uebersicht.

Von der Arbeitslosigkeit. Eine vom Gewerkschaftsamt in Halle a. S. aufgenommene Arbeitslosen-Statistik ergab folgendes Resultat: Ermittelte Arbeitslose in Halle 1140 Personen. Davon sind verheirathet 744, die 1838 Kinder haben. In Giebichenheim bei Halle wurden 440 Arbeitslose ermittelt, darunter 890 Verheirathete mit 802 Kindern. Ermüthet muß dabei werden, daß wieder eine große Anzahl von Arbeitslosen in Halle sich scheuten, sich als arbeitslos einzugeben, sogar solche, die zu ihrer Unterstüßung Kohlen und Brot von der Armenverwaltung beziehen. Andererseits konnten auch die Arbeitslosen nicht alle aufgefunden werden, da es an Mannschaften dazu fehlte. Nach allgemeiner Schätzung werden in Halle ca. 3000 Arbeitslose vorausgesetzt.

300 Interessenten der Lederindustrie hielten dieser Tage in Hamburg eine Versammlung ab, um gegen die Einführung des Quebrachholz-Zolles zu protestieren. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 15. Februar d. J. im Saale des Bürgervereins zu Altona tagende, von Gerbern und Interessenten der Leder- und Textilindustrie aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Hannover sehr zahlreich besuchte Versammlung erklärt einstimmig, daß die Einführung eines Eingangszolles auf Quebrachholz und andere überseeische Gerb- und Färbstoffe den von den Zollpetenten erhofften Nutzen für den Eisenhüttenwald und die nach dem Eisenhüttenwald arbeitenden Gerber keinesfalls bringen wird; daß aber die gefammte Leder- und Textil-Industrie Deutschlands auf schwerste geschädigt und besonders die in den genannten Distrikten blühende Kogelbinder-Fabrikation zu Grunde gerichtet würde; und daß ferner die einheimische Landwirthschaft durch Entwerthung der größtentheils nur mittels billiger Gerbstoffe in der Gerberei zur Verarbeitung gelangenden Häute in hervorragender Weise in Mitleidenschaft gezogen würde: Die auf Einführung eines Eingangszolles gerichteten Bestrebungen sind daher aufs entschiedenste abzulehnen.“ Die Versammlung beauftragte den Vorstand, der Resolution in geeigneter Weise an maßgebender Stelle Ausdruck zu verschaffen. — Die Herren Lederindustriellen sollten derartigen reaktionären Bestrebungen von vornherein mit vorbeugen helfen, und zwar

durch die Wahl solcher Männer, die für die Befestigung notwendiger Bedarfsartikel nicht zu haben sind.

Eine Wassersteuer haben die Waisen von Dittelsdorf, einem Orte bei Erfurt, angefordert; jede Familie soll pro Jahr 1 M. zahlen, welche von einem der drei in Orte befindlichen Brunnen Wasser entnimmt. Wie weit ist es da noch bis zu einer Besteuerung der Luft?

Eine für die Krankenkassen wichtige Entscheidung hat das Reichsgericht am 7. Februar gefällt. Es wurde ausgesprochen, daß der § 5a des Krankenversicherungsgesetzes so aufzufassen sei, daß sämtliche von einem Arbeitgeber beschäftigte Personen, gleichviel wo die Arbeitsstätte sich befindet, dort ihrer Versicherungspflicht zu genügen haben, wo das Domizil des Arbeitgebers ist. Das ist von einschneidender Bedeutung für das Baugewerbe, da sich aus der schwankenden Auffassung des § 5a über Streitigkeiten bei den Gerichten ergeben haben. Der Zentralverband deutscher Baugewerksmeister hat daraufhin beschloffen, eine Petition an den Reichskanzler und das Staatsministerium zu richten; dieselben werden erucht, im Wege des Ministerialbeschlusses anzuordnen, daß die Verwaltungsbehörden dieser Entscheidung des Reichsgerichts gemäß die Krankenkassen-Vorstände instruiren.

Bewerkschaftliches.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen in Konditoreien, Zuckergewerben und Schokoladenfabriken! Für die in diesem Beruf Beschäftigten findet am 26. Februar in der Grenadierstraße 33 bei Seite eine Versammlung statt, für welche der Reichstagsabgeordnete Mollenhuth das Referat übernommen hat. Wir fordern hiermit unsere Berufskollegen auf, recht rege für den Besuch der Versammlung zu agitieren. Auch die Gegner unserer Bestrebungen laden wir ein. Wir sichern ihnen, wie das bei uns immer üblich ist, volle Redefreiheit zu. Die Agitationskommission.

Zugung von Tischlern ist ferngehalten nach Berlin (Pianofabrik von Görs u. Kallmann, Arndtstr. 34), Weisensee bei Berlin (Oskar Springer's Rückenmöbel-Fabrik, Luckenwalde (Billig's Werkstätte), Lübben (Dietrich's Werkstätte), Bunzlau i. Schl. (Köhlich's Werkstätte), Jechow (Westphal's Möbelabrik); von Tischlern und Stellmachern nach Gäßrow i. M. (Weckenburgische Waggonsabrik); von Kürschnern und Pinselmachern nach Münster i. W. (Fabrik Theopold); von Steinnußknopf-Drechsler nach Schmolln i. S.-A.

Bergarbeiter-Aufstand. Aus Mählheim an der Ruhr wird berichtet: Seit Montag hat auf der in der Nähe gelegenen Grube Wäldrich die ganze Belegschaft die Arbeit eingestellt, als ihr morgens eröffnet wurde, daß von jetzt an die Zeit der Ein- und Ausfuhr nicht mehr in den Schichtwechsel eingerechnet würde. In ganzen Revier war es bisher Brauch, daß die Schicht einschließlich Ein- und Ausfuhr acht Stunden dauert. Die Neuerung hat viel böses Blut erzeugt, zumal die Grube bisher als sehr ertragsfähig galt.

Eine Holzarbeiter-Konferenz für Rheinland-Westfalen, welche am vorigen Sonntag in Yarmen tagte, war von 25 Delegirten aus 24 Orten besucht. Die Berichte der Delegirten ließen erkennen, daß überall ein kleiner Fortschritt der Organisation zu bemerken sei. In verschiedenen Orten macht der Sozialmangel der Organisation sehr viel zu schaffen. In anderen Orten sind es die Maßregelungen der organisierten Kollegen durch die Arbeitgeber, wodurch den Mitgliedschaften immer die besten Kräfte entzogen werden. Bei dem Punkte: „Stellung zum Verbandstage“ wurde der Antrag, die Arbeitslosen-Unterstützung durch den Verband einzurichten, mit großer Mehrheit abgelehnt. Man sprach allgemein die Befürchtung aus, daß dadurch die Aktionsfähigkeit der Organisation bedeutend gehemmt würde. Ein Antrag, vom Verbandstage die „Erhöhung der Verbandsbeiträge“ zu verlangen, wurde ebenfalls abgelehnt.

Der Streik der Budapester Steinmetzen dauert noch fort. Die Forderungen der Steinmetzen sind: Minimallohn 2 fl. 50 Kr. per Tag; Auf- und Abbau der Steine durch Tagelöhner; solide Behandlung seitens der Meister und Poliere; Anerkennung der Fachorganisation und der durch die Organisation festgesetzten Arbeitszeit und daß von den 15 sich jetzt im Auslande befindenden Steinmetzen innerhalb 3 Monaten keiner entlassen werden darf. Zugung ist daher streng ferngehalten. Unter den Ausständigen befinden sich 9 Familienväter. Sendungen sind zu richten an die Redaktion „Der Steinmetz“, Budapest VI, Kermnerstraße 6. — Die Meister kündigen den Gehilfen an, daß dieselben, falls sie ihre „horrenden“ Forderungen nicht fallen lassen, entlassen werden würden und daß die Meister sich Gehilfen vom Auslande kommen lassen würden. — Hoffentlich vereiteln die deutschen Steinmetzen, auf die es wahrscheinlich in erster Linie abgesehen ist, das Vorhaben der Herren Meister und lassen sich als Streikbrecher nicht gebrauchen.

Gerichts-Beitrag.

Wir leben in einer Zeit, in welcher über die Zunahme von Hochzeiten in den Kreisen der sogenannten Gebildeten gellagt wird. In Berlin ist es schon soweit gekommen, daß anständige Damen kaum noch die Friedrichstraße entlang gehen können, ohne Gefahr zu laufen, öffentlich beleidigt zu werden! So äußerte sich gestern der Vorsitzende der 8. Strafkammer bei der Begründung eines Urtheils gegen vier äußerst sehr anständige junge Kaufleute: die Kommiss Georg Seidel, Paul Pancritius, Theodor Dückel und Bernhard Philipp. Sie waren bestraft, sich an einer Schlägerei betheiligt zu haben, die eine ganz winzige Ursache, aber sehr schlimme Folgen gehabt hat. Am Abend des 5. März v. J. besaßen sich mehrere Studenten in dem Lokale des Gastwirths Anorn in der Lichstraße. Etwa acht junge Leute, unter denen sich die Angeklagten befanden, kamen in angeheitertem Zustande in das Lokal und trieben dort allerhand Unflug. Unter anderem bombardirten sie einige Billardspieler mit brennenden Zigarrenstummeln und schlugen auch ein Glas entzwei. Als sie sich entfernten, ging ihnen der Wirth auf die Straße nach und verlangte Bezahlung für das Glas, erhielt aber höhnende Antworten und die freundliche Aufforderung, sich zu drücken, sonst könnte ihm am Ende der Schädel eingeschlagen werden. Da im Lokal Beforgniß über das Schicksal des Wirthes ausgebreitet wurde, sah der Student Leidige nach ihm und rebete ihm zu, die Leute doch ziehen zu lassen und ins Lokal zurückzukehren. Die Exzedenten wandten sich nun gegen den Studenten. Man fragte ihn, ob man ihm etwa auch etwas herauszahlen solle, einer drang mit einem Schirm auf ihn ein und als er diesem den Schirm entriß hatte und sich wehrte, erhielt er von anderer Seite einen Stoß vor die Brust, daß er taumelte, und ein dritter schlug ihn mit einem Schirm ins Auge, so daß er sofort ohnmächtig zur Erde sank. Er mußte nach der Charitee befördert werden, hat dort eine sehr langwierige Behandlung durchgemacht, aber leider das Sehvermögen infolge der Verletzung auf dem einen Auge vollständig verloren. Als Theilnehmer an der Schlägerei sind nur die Angeklagten ermittelt worden. Sie stellten die Behauptung auf, daß sie die Angegriffenen gewesen seien und sich nur gewehrt hätten. Das Ergebnis der Beweisaufnahme widerspricht dieser Angabe. Da nach dem Gutachten des Privatdozenten Dr. Siler der Verletzte absolut keine Aussicht hat, jemals das Augenlicht wiederzuerlangen, so erachtete der Staatsanwalt nachdrückliche Strafen für geboten. Wenn auch der eigentliche Schläger nicht ermittelt sei, so seien doch die Angeklagten nach § 227 St.-G.-B. schon wegen ihrer Betheiligung

an der verhängnißvollen Schlägerei zu bestrafen. Er beantragte gegen die drei ersten Angeklagten je neun Monate Gefängniß, gegen Philipp die Freisprechung. — Rechtsanwalt Bronke machte geltend, daß es sich hier um einen tief beschämenden unglücklichen Zufall handele und bestritt, daß gegen die Angeklagten der Thatbestand einer Betheiligung an der Schlägerei festgestellt werden könne. — Das Urtheil des Gerichtshofes entsprach dem Antrage des Staatsanwalts.

Wegen Verleibung des Revisioninspektors der städtischen Gasanstalt, Ed. John, hatte sich der Gastwirth Demeke am 16. d. M. vor der Kammer Brausewetter zu verantworten. Herr John hatte einen Ullas erlassen, in dem er nach dem Beispiel des Königs Stumm den Arbeitern der Gasanstalt „verbot“, das Lokal des Herrn Demeke zu besuchen. Es ist nun zwar zur Ehre der in der Gasanstalt beschäftigten Arbeiter anzunehmen, daß sie sich den Tausel um das Verbot des Herrn Inspektors scheerten, aber immerhin hatte der betroffene Wirth alle Ursache, in dem Verhalten des Beamten eine Geschäftschädigung zu erblicken. In einer Versammlung, zu der auch der Stadtverordnete Pentig eingeladen war, verging sich der Gastwirth nun insoweit, als er den Herrn John nicht allein wegen des Verbots zur Rede stellte, sondern ihm u. a. auch Veruntreuungen an städtischem Heizmaterial und verschiedene widerrechtliche Maßnahmen vorwarf. Da unter den Beschuldigungen auch solche sich befanden, deren öffentliche Verhandlung die guten Sitten gefährden konnten, wurde während der gesammelten Dauer der Verhandlung die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Schöps, hatte einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angetreten und eine Anzahl von früheren Arbeitern der Gasanstalt vorgeladen, um die Behauptungen des Angeklagten zu bekräftigen. Der Wahrheitsbeweis verlief aber bis auf einen Punkt, wo der Zeuge John gegen einen Beamten, der sich vertheuern wollte, eine ungeschöne Bemerkung gemacht haben soll. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 2 Wochen Gefängniß, Rechtsanwalt Dr. Schwindt als Vertreter des Nebenklägers hielt dagegen eine empfindlichere Strafe für angemessen, da die Verleibung doch sehr schwer und geeignet gewesen seien, die amtliche Stellung des Nebenklägers vollständig zu untergraben. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängniß.

Zwei Weiten. Unmensliche Mißhandlungen eines Kindes wurden den Arbeiter Schmätschen Eheleuten aus Lankwitz zur Last gelegt, die Sonnabend vor dem Schöffengericht am Amtsgericht II standen. Die Frau hatte einen jezt siebenjährigen und schwächlichen ansehnlichen Knaben mit in die Ehe gebracht, der ihr sowohl als wie dem Stiefvater ein Dorn im Auge war. Das Kind wurde unausgesetzt mißhandelt; was den Eltern gerade in die Hand fiel, wurde zum Prügeln benutzt. Der Vater schaute den Knaben oft und wiederholt mit dem Kopfe auf die Fieien, so daß ihm das Blut aus Mund und Nase floß, die Mutter ergänzte diese Mißhandlungen und ließ obendrein das Kind fast verhungern, so daß die Nachbarn sich veranlaßt sahen, dem Knaben heimlich Lebensmittel zuzuführen. Im Oktober konnten es die Nachbarn nicht mehr mit ansehen, sie erstatteten Anzeige, das Kind wurde den Eltern abgenommen, die auf die Anklagebank wanderten. Das ungemein milde Urtheil des Schöffengerichts lautete für den Ehemann auf 6 W. gegen die Ehefrau auf drei Monate Gefängniß.

Graf Reischach, sein Hund und seine Rechtsgründe. Graf Eberhard von Reischach in Straßau und sein getreuer Begleiter Schnabend die erste Strafkammer am Landgericht II vor eine schwierige Rechtsfrage. Der Bor des Herrn Grafen hat eine gewisse Neigung, seine Zähne mit fremden Waden in unsanfte Berührung zu bringen und sein Herr ist auch bereits bestraft worden, weil er diese Neigung seines Hundes durch ermunternde Worte steigerte. Die Nachbarn des Herrn Grafen sahen sich daher veranlaßt, einigermassen darauf zu achten, wenn Bor ohne Kopfbedeckung bzw. ohne Maulkorb durch das Dorf spazieren geht, was er mit besonderer Vorliebe thut. In Straßau ist es aber durch Polizei-Verordnung vom 9. Januar 1893 den Hund verboten, ihre Promenaden durch das Dorf ohne Maulkorb anzutreten. Gegen diese Polizei-Verordnung hat nun Bor am 22. August vor. Jz. gefündigt, worfür der Herr verantwortlich gemacht wurde, weshalb er ein Strafmandat erhielt, gegen welches er Einspruch erhob. Das Schöffengericht II hat den Herrn Grafen zu 3 M. Geldstrafe verurtheilt. Dagegen legte er Berufung ein und verlangte von dem Gericht den Nachweis, daß der Hund schon ohne Maulkorb das Grundstück verlassen und denselben etwa nicht erst unterwegs verloren habe. Dieser Nachweis wurde ihm durch die Beweisaufnahme präjise geführt. Nunmehr entwickelte der Angeklagte folgende Rechtsgründe für seine Freisprechung. Die angezogene Polizei-Verordnung mache den Besitzer des Hundes verantwortlich. Wenn dieser aber in seiner Abwesenheit die Aufsicht über den Hund einem dritten übertragen habe, so müsse doch dieser dritte verantwortlich gemacht werden. Wollte man aber den Besitzer fassen, so müsse man ihn freisprechen, denn er sei nicht Besitzer. Er befinde sich noch immer im Konkurs. Der Hund müsse dann zur Konkursmasse gehören und dann sei der Konkursverwalter verantwortlich zu machen. Thatsächlich habe aber seine Frau den Hund zu ihrem persönlichen Schutze gekauft, wie er durch vorgelegte Quittung bewiese. Diese sei daher Besitzerin und müsse für den Hund stehen. Der Gerichtshof erklärte alle diese Einwände für hinfällig. Die zu Recht bestehende Polizeiverordnung habe sich nur an den Besitzer, nicht aber an einen Beauftragten. Zur Konkursmasse könne der Hund nicht gehören, sonst wäre er längst im Interesse derselben vermerkt worden. Es könne dahin gestellt bleiben, ob die Frau Gräfin den Hund aus den Mitteln des Gatten oder aus ihrem eingebrachten Vermögen bezahlt habe, jedenfalls sei der Angeklagte im Besitz des Nießbrauchs des Vermögens und dazu gebore der Hund. Angeklagter könne daher von der Verantwortlichkeit nicht befreit werden und demgemäß sei die Berufung kostenpflichtig zu verwerfen.

Vor dem Schwurgerichte in Wien begann am Montag der für eine Woche anberaumte Prozeß gegen Schapira und fünf Genossen, unter denen sich eine Frau befindet, wegen versuchten und vollbrachten Betruges, begangen durch Herauslockung von Geldern für den Ankauf von angeblich gefälschten, gewöhnlich jedoch gespaltenen österreichischen Staatsnoten und Kubelnoten, wobei die Kommitenten Schapira's gewöhnlich nach London, Rotterdam, Berlin, Breslau oder nach einem Ort der Landesgrenze gelockt wurden, wo die Notrogenen nach Erlegung des Kaufpreises hilflos zurückgelassen wurden. Die Anklage lautet auf neun Fälle des vollbrachten und 12 Fälle des versuchten Betruges, ohne die seit Jahren betriebenen Betrüge zu erschöpfen. Die Angeklagten leugnen im allgemeinen und machen bezüglich der dem Gerichte vorliegenden Korrespondenz widerspruchsvolle Ausagen.

Develschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.
Brann, 18. Februar. Heute Vormittag fand ein Zusammenstoß zwischen dem Wiener Personenzug und einem leeren Zug statt, als der erstere in den hiesigen Bahnhof einfahren wollte. Die Maschine und zwei Waggons des leeren Zuges wurden zertrümmert. Zwei Beamte erlitten schwere Verletzungen. Passagiere wurden nicht verwundet.
Gettine, 18. Februar. Die Wforte hat zur Sicherung der Ruhe an der Grenze 15 Albansenscheß verhaften und nach Diarbesir schaffen lassen.
Paris, 18. Februar. In der Militärschule von La Fleche ist eine Meuterei ausgebrochen.
London, 18. Februar. Nach einer Meldung aus Formosa ist der dortige Pulverthurm in die Luft geflogen. 30 chinesische Soldaten wurden getödtet.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung vom 18. Februar 1895, 2 Uhr.
Am Bundesrathstische: v. Bötticher.
Die Bänke des Hauses sind namentlich auf der Rechten und im Centrum sehr schwach besetzt.

Abg. v. Stein wird ein Urlaub von 14 Tagen bewilligt. Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt beim Titel „Normal-Richtungskommission“.

Abg. v. Seyl (nall.) bittet die Regierung, für Flaschen mit Patentverschluss die Rückzahlung nicht zu fordern.

Staatssekretär v. Bötticher empfiehlt, bis zur Erledigung des Gesetzentwurfs über den unlauteren Wettbewerb zu warten, eventuell eine einzelne Korrektur im Wege der Gesetzgebung zu machen.

Abg. v. Leipzig (nl.) tritt für die Besserstellung der technischen Hilfsarbeiter ein, welche in die Gehaltsklasse von 2100 bis 4200 Mark einrangirt sind, während sie den höheren Beamten näher stehen, als den Unterbeamten dieser Gehaltsklasse.

Abg. Hammacher (nall.) unterstützt diese Anregung. Staatssekretär v. Bötticher erklärt sich bereit, den Wünschen Rechnung zu tragen, vorausgesetzt, daß die allgemeine Finanzlage es gestattet.

Abg. Förster (deutsche Reformpartei) hält die finanzielle Frage für nicht bedeutend.

Beim Kapitel Reichs-Gesundheitsamt erklärt auf eine Anfrage des Abg. Eisinger (3.) der Direktor des Reichs-Gesundheitsamts Köhler, daß seit 1893 Versuche angestellt sind, wie weit die Infektionsgefahr sich erstreckt auf die Verwesungsvorgänge.

Abg. Eisinger (3.) verweist darauf, daß die Männer der Wissenschaft auf dem Kongress für Demographie und Hygiene in Wien die Furcht vor Gesundheitsverschlechterung durch Anlage von Friedhöfen als Nimmennärchen bezeichnet hätten.

Abg. Schröder (fr. Bg.) empfiehlt die Ausdehnung der Feuerbestattung.

Abg. Eisinger (3.): Das Auftreten der Freunde der Feuerbestattung ist etwas gemäßigter als früher, wo behauptet wurde, daß ärztliche Autoritäten die Beerdigung für gemeingefährlich halten.

Abg. Langenhaus (fr. Bp.) bleibt dabei, daß namentlich in größeren Städten die Beerdigung immer schwieriger wird und immer größere Unbequemlichkeiten bereitet. Man sollte wenigstens die Feuerbestattung, die überall erlaubt ist, fakultativ gestatten.

Das Kapitel wird darauf bewilligt. Beim Kapitel Reichs-Versicherungsamt liegen folgende Anträge vor:

1. vom Abg. Hise: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Mittel der Versicherungsanstalten in weiterem Umfange als bisher für das landwirthschaftliche Kreditbedürfnis und für die Erbauung von Arbeiterwohnungen zugänglich gemacht werden;

2. vom Abg. Auer und Genossen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag noch in dieser Session den Entwurf eines Gesetzes zugehen zu lassen, wodurch a) der § 157 des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung dahin abgeändert wird, daß jeder Versicherte, welcher das 70. Lebensjahr vollendet hat, einen Rechtsanspruch auf Altersrente erhält, und b) die §§ 9 Abs. 3 und 156 des genannten Gesetzes dahin abgeändert werden, daß diejenigen Versicherten, welche infolge ihres geistigen oder körperlichen Zustandes nicht mehr im Stande sind, sich in ihrem Berufe die Hälfte ihres bisherigen, nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre zu berechnenden Jahres-Arbeitsverdienstes zu erwerben, Invalidenrente erhalten.

Hierzu beantragt Abg. Hise: Unter Ablehnung des Antrages Auer und Genossen die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Vorlage der in Aussicht gestellten Novelle zur Abänderung des Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung möglichst zu beschleunigen.

3. beantragt Abg. Kruse (nl.) die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem: a) die in der Seefischerei beschäftigten Personen in die Unfallversicherung aufgenommen werden; b) die klimatischen Krankheiten der Seeleute, insbesondere das gelbe Fieber, den Betriebsunfällen im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes gleichgeachtet werden.

Abg. Hise (3., nur an den Stellen verständlich, wo er sich der Journalfunktionäre zuwendet): Das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz ist das einzige sozialpolitische Gesetz, welches gegen die Majorität des Centrums zu Stande gekommen ist. Die Schwierigkeit der Verwaltung und der Ausbringung der Beiträge ist außerordentlich gewachsen. Die Beiträge drücken die kleinen Arbeitgeber, die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden ganz bedeutend. Im Großbetrieb hat im großen und ganzen eine Abwälzung der Beitragspflicht auf die Arbeiter stattgefunden, im Kleinbetrieb ist das nicht möglich gewesen. Man hätte diesen Zweck der Versicherung ebenfalls den Berufsgenossenschaften übertragen sollen; dann hätten die einzelnen Berufsgenossenschaften die Sache nach ihren speziellen Verhältnissen verschieden regeln können. Die industriellen Berufsgenossenschaften hätten vielleicht die Grenze des Lebensalters für Erwerbung der Altersrente erheblich herabsetzen können, denn die Altersrente ist bisher fast nur für ländliche Arbeiter zur Geltung gekommen. Nach der jetzigen Organisation kann nur die Schablone herrschen, es kann nicht nach den einzelnen Berufen individualisirt werden. Wir müßten statt des Marxensystems ein anderes Beitragsystem finden. Den Antrag Auer können wir nicht empfehlen. Dem zweiten Theil des Antrages Auer sind wir ja schon dadurch entgegengekommen, daß wir wenigstens die Berufsstellung des Arbeiters heute schon mit berücksichtigen und den höher gelohnten Arbeiter bei der Rente besser stellen. Das ist ein Kompromiß gewesen. Der Antrag Auer, wie er vorliegt, ist absolut unannehmbar. In einem Eisenwerk kam zum Beispiel ein Arbeiter, der ursprünglich 6 M. verdiente, bei geschwächter Arbeitskraft vielleicht noch 3 M. verdienen; er müßte also in dem Augenblick, wo dies eintritt, nach dem Antrage Auer für invalide erklärt werden, während derjenige Arbeiter, der überhaupt nur 2,50 M. verdient, nicht als invalide angesehen würde. Eine bessere Definition für den Begriff der Invalidität, als jetzt im Gesetz steht, können wir ja vielleicht suchen; jedenfalls ist die Fassung des Antrages Auer bedenklich. Die Bestimmungen über die Rückzahlung der Beiträge müssen wir auch nochmals prüfen; die Wittwen- und Waisenerziehung ist eigentlich noch dringender, als die Invaliditätsversorgung. Wir bitten die Regierung, eine Novelle zu dem Gesetz möglichst schnell vorzulegen. Redner wendet sich dann seinem Antrage wegen der Selber der Reichs-Versicherungsanstalt zu, die möglichst denen zu gute kommen sollten, welche die Beiträge gezahlt haben; den Genossenschaften, den Gemeinden und den Kreisen sollten die Gelder zur Verfügung gestellt werden für den Bau von

Arbeiterwohnungen. Die Reichsbehörden haben allerdings keinen direkten Einfluß auf die Versicherungsanstalten, aber das Reichs-Versicherungsamt könnte einen moralischen Druck auf die verschiedenen Anstalten ausüben. Namentlich die Kommunen sollten für ihre Beamten und für ihre Armen Wohnungen bauen; denn sie sind ja verpflichtet, den Armen auch Obdach zu gewähren.

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Wir haben unseren Antrag schon jetzt eingebracht, weil erfahrungsmäßig solche Anträge jahrelanger Zeit bedürfen, ehe sie eine praktische gesetzgeberische Gestalt gewinnen. Was ist uns nicht alles bei dem Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz versprochen und wie wenig ist davon gehalten worden. Man hat sehr viel von einer Krönung des sozialreformatorischen Gebäudes gesprochen, eins kann man aber doch wenigstens verlangen, daß das Gesetz auch hält was es halten sollte. Es sollte durch das Gesetz einmal für die durch einen Unfall erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter gesorgt werden, daneben aber sollten die Arbeiter bei einem hohen Lebensalter versorgt werden auch ohne den Nachweis der Erwerbsunfähigkeit. Wie ist es aber in Wirklichkeit? Altersrenten sollten diejenigen erhalten, welche nachweisen können, daß sie in den drei Jahren vor dem Inkrafttreten der Invalidenversicherung 141 Wochen in Arbeit gewesen sind. Diesen Nachweis können die meisten Leute jetzt nicht mehr führen, auch führen die meisten Arbeitgeber, namentlich Kleinbauern und kleine Gewerbetreibende nicht darüber Buch, wer und wie lange jemand bei ihnen vorübergehend beschäftigt war, geschweige denn Private darüber, wie lange z. B. eine Wäscherin bei ihnen arbeitete. Die meisten Leute haben sich bei Inkrafttreten des Gesetzes die Befreiung nicht geben lassen und werden jetzt kaum in der Lage sein, nachträglich den verlangten Nachweis zu führen. Manche Unternehmer kennen gar nicht ihre Arbeiter und umgekehrt; ich erinnere nur an Eisenbahnbauern, Drechsmaschinen-Arbeit. Die Leute ziehen weiter und suchen eine andere Beschäftigung und keiner weiß deren Adresse. Auch in größeren industriellen Betrieben werden solche Adressen selten länger als 5 Jahre aufbewahrt. Dazu kommt noch eins. Nach § 157 wird der Bezug der Altersrente abhängig gemacht davon, daß der Renteneempfänger 47 Wochen im Jahre Beiträge gezahlt hat. Nun gibt es aber eine Reihe von Arbeitern, welche nicht so lange beschäftigt sind. Vor wenigen Jahren erließ die kaiserliche Werk eine Arbeitsordnung, nach welcher sie über 40 Jahre alte Leute nicht in Arbeit nahm. Bauhandwerker, Flussschiffer und Fischer, auch Tagelöhner auf dem Lande u. a. arbeiten nicht 47 Wochen im Jahre; sie alle werden also mit dem 70. Jahre nicht in den Genuss der Rente kommen, ebenso wie die große Zahl der Kampagne-Arbeiter, z. B. die Ziegelei- und Zuckerrüben-Arbeiter. Zudem müssen sie nach wie vor ihre Beiträge bezahlen. Wie die Vorschriften des Gesetzes wirken, zeigt die Abnahme der Altersrentner; es sind mehr 72-jährige als 71-jährige vorhanden, weil mit der Länge der Zeit der Nachweis eines Arbeitsverhältnisses immer schwieriger ist; man wird schließlich Altersrentner für Geld sehen lassen können. Noch schlimmer steht es bezüglich der Invaliden; man dachte, es sollten 67 000 Invaliden im ersten Jahre vorhanden sein; es waren aber nur 17 000 und am Schlusse des dritten Jahres haben wir 38 000, also 33 000 weniger als man für die ersten drei Jahre angenommen hatte. Das liegt aber an der Erschwerung des Nachweises der Invalidität, den wir erleichtern wollen. Der Handelsminister v. Vereloff meinte, die Unzufriedenheit der Arbeiter entspreche dadurch, daß die Sozialdemokraten ihnen die guten Gesetze zu vergelten suchten. Das ist nicht richtig. Die Unzufriedenheit entsteht durch diese Gesetze selbst. Man spricht allerdings von den Invaliden- und Altersrenten und von dem Reichszuschuß zu denselben. Das ist schon richtig; aber es geht damit wie bei Frisch Reuter; Rindfleisch und Plumen sind ein schön Geruch, aber wir kriegen es nur nicht. Die Arbeiter bekommen nicht einmal soviel heraus, wie sie Beiträge bezahlt haben. Redner weiß zahlenmäßig nach, daß die Arbeiter in den vergangenen Jahren nicht halb soviel wieder erhalten haben als sie gezahlt haben. Bei einem solchen Mißverhältnis von Pflichten und Rechten ist es kein Wunder, wenn die Arbeiter unzufrieden werden. Die Annahme, daß die Ueberschüsse aus den Beiträgen von Jahr zu Jahr abnehmen würden, ist nicht eingetroffen. Wir sind der Meinung, daß das ganze Gesetz dringend der Aenderung bedarf, da wir aber wissen, daß die Sache so schnell nicht geht, so haben wir uns in unserem Antrage auf das notwendigste beschränkt. Wollte man mit diesem Gesetz die Arbeiter auslösen, so hätte man in demselben etwas mehr Rücksicht nehmen sollen auf die Lage der Arbeiter. Wenn heute zum Beispiel ein Mann, der sich als invalide meldet, weil er nicht mehr in der Lage ist sein Handwerk ausüben zu können, so wird ihm gesagt, du kannst dir noch eine leichtere Beschäftigung suchen, und nun kann er von einem Geschäft zum andern laufen und bei seinem vorgeschrittenen Alter wird ihn so leicht niemand nehmen. Deshalb müßte die Invalidität nach der Art der Beschäftigung festgestellt werden. Ich möchte, daß diese Bestimmung noch in dieser Session geändert wird. Andernfalls darf man das Gesetz nicht Alters- und Invaliditäts- und Invalidenversicherungsgesetz nennen, sondern müßte es Gesetz zur Kapitalanlage auf Kosten der Arbeiter nennen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kruse (nl.) empfiehlt seinen Antrag. Abg. von Salisch (nl.) hat in bezug auf die Nothwendigkeit einer Aenderung des Invalidenversicherungsgesetzes den früheren Ausführungen seiner Freunde nichts hinzuzufügen. Antrag Kruse sei seinen Freunden sympathisch, sie würden dafür stimmen, nicht aber für den Antrag Hise. Ehe die Versicherungsanstalten dem landwirthschaftlichen Kredit sich zuwenden, müßte eine Organisation vorangehen. Arbeiterwohnungen stehen auf dem Lande in großer Zahl leer; es ist nicht angängig, die Zahl derselben zu vermehren und den Zugang nach den Städten vielleicht noch zu vergrößern. Es sind für Arbeiterwohnungen schon erhebliche Beträge hergegeben worden, wenn das nicht überall geschehen ist, so liegt das in den besonderen Verhältnissen der einzelnen Provinzen. Bezüglich der Novelle zur Invalidenversicherung seien verschiedene Wünsche vorhanden. Zunächst müßte die Selbstversicherung der Arbeitgeber erleichtert werden. Bei den Kindern arbeiten vielfach die alten Eltern, die Lebensunterhalt erhalten, aber keinen eigentlichen Lohn. Sie werden nicht als Arbeiter betrachtet und sind nicht versicherungspflichtig, erhalten also auch keine Rente. Dadurch wird geradezu eine Prämie auf die Unverträglichkeit gesetzt, daß die Eltern anderwärts als bei ihren Kindern arbeiten. Besonders nothwendig ist aber eine Vereinfachung des Gesetzes und die gerechtere Aufbringung der Mittel. Eine Abhilfe muß aber sehr schnell erfolgen.

Abg. Steininger (3.): Die schlechte Lage der Landwirtschaft ist durch die Belastung mit der Invalidenversicherung nicht besser geworden; denn eine solche Belastung, wird bei uns so schwer getragen, wie eine Steuer des Staates. Wenn man die Landwirtschaft nicht ganz aus der Versicherung ausschließen will, dann sollte man für sie wenigstens die Versicherung freiwillig machen. Die Industrie kann bei schlechten Zeiten die Arbeiterzahl und damit die Beitragslast verringern, aber die Landwirtschaft kann das nicht. Für die Landwirtschaft liegt eine Nothwendigkeit der Versicherung überhaupt nicht vor; in

den Landgemeinden kann die Versicherung entbehrt werden, weil die Armenpflege vollständig ausreicht.

Abg. Brähne (Soz.): Nach den früher gefaßten Resolutionen des Reichstags hätte man eigentlich erwarten sollen, daß der Reichstag in dieser Session mit einer Novelle zum Unfallgesetz befaßt würde. Statt des Unfallgesetzes ist aber das Umsturzgesetz gekommen. Nach den neulichen Aeußerungen vom Regierungstisch soll ja die Arbeiterversicherung in ein langsameres Tempo gebracht werden. In zahlreichen Petitionen wird behauptet, daß die Industrie durch die Arbeiterversicherungsgesetzgebung so belastet sei, daß ihr eine weitere Last nicht auferlegt werden könnte. Für kleinere Betriebe ist allerdings die Beitragsleistung zur Kranken-, Unfall- und Altersversicherung zu schwer, aber die Großindustrie würde doch mehr dafür bezahlen. In meinem Wahlkreise, Höchst a. M., haben die Aktionäre der Höchster Farbwerke in den letzten drei Jahren 6 Millionen Mark Dividende unter sich vertheilt, d. h. 28 pCt., während die Höchster Farbwerke nur 50 000 M. für die Arbeiter-Versicherung geleistet haben. Es giebt also noch Industrien in Deutschland, die bedeutend höhere Summen dafür zahlen könnten. Aber es giebt eine Anzahl Männer in Deutschland, denen die Arbeiterversicherung noch zu weit geht. Die Berufsgenossenschaften bestreiten sich jetzt, die Renten möglichst einzuschränken, wenn ein Arbeiter nur einen Arm oder ein Bein verloren hat, weil sie sagen, daß er dadurch durchaus nicht erwerbsunfähig geworden sei. Es ist durch die Statistik nachgewiesen, daß die meisten Unfälle vorkommen, wenn die Arbeiter müde sind am Schlusse der Arbeitszeit, und am häufigsten da, wo die Arbeitszeit am längsten ist. Ich will zugeben, daß die Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamts in den meisten Fällen viel besser waren als die Entscheidungen der Berufsgenossenschaften, aber zu meinem größten Bedauern sind jetzt die Entscheidungen des Amts nicht mehr dieselben wie früher. Die Entscheidungen der Berufsgenossenschaften lassen sehr viel zu wünschen übrig.

Am 23. Februar 1891 verunglückte ein Schlosser bei der Firma Gruson. Nach dem Urtheil des Arztes hatten Lunge, Herz und Nieren Schaden erlitten, und der Mann bezog als erwerbsunfähig zunächst die volle Rente, aber später wurde dieselbe auf 50 pCt. reduziert mit der Motivierung, daß der Mann noch theilweise erwerbsfähig sei. Seine Beschwerde beim Reichs-Versicherungsamt wurde nach ärztlichem Gutachten abgewiesen. Er schrieb an das Grusonwerk und bat um Beschäftigung in irgend welchem Fach. Die Direktion stellte ihm anheim, eine nochmalige Untersuchung vornehmen zu lassen, und der Arzt der Krankenliste konstatierte dann, daß er nicht erwerbsfähig sei. Im vorigen Jahre hat das Reichsversicherungsamt die Entscheidung gefaßt, daß, wenn verunglückte Arbeiter sich einer Operation nicht unterziehen wollten, die Rente zu kürzen sei. In einer Petition dagegen wird die Frage aufgeworfen, wer dann entscheiden solle, ob eine Operation gefahrlos sei oder nicht. Jedenfalls muß der, welcher operirt werden soll, seine Zustimmung dazu geben. Bei der Schornsteinfeger-Berufsgenossenschaft kam auf jeden Unfall nicht weniger als 220 M.

Es wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir gegen das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz gestimmt hätten; gewiß, und zwar deshalb, weil das Gesetz vollständig ungenügend war; wir sind aber jederzeit bereit, die Gesetze zu verbessern. Man wollte die Kommunen entlasten durch diese Gesetze, aber auch das ist nicht eingetreten. Die Orts-Armenlisten haben sich in Schleswig-Holstein beispielsweise um 28 000 Mark vermehrt. So lange Sie für die Arbeiter Ausnahmegesetze machen, so lange werden diese Mißtrauen gegen die jetzigen sozialen Verhältnisse haben.

Darauf wird ein Antrag auf Vertagung gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Schluss gegen 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Debatte; ferner Wahlprüfungen. Nach dem Schwerinstage am Mittwoch werden am Donnerstag und den folgenden Tagen die Tabaksteuer und die Reichsfinanzreform zur ersten Berathung kommen.)

Parlamentarisches.

Die Kommission für die Berufs- und Gewerbe-zählung hielt am 16. Februar ihre fünfte Sitzung ab.

Da der Bundesrath am 4. Oktober 1894 beschloffen hat, den 14. Juni 1895 als Zählungstag zu nehmen, so soll, wie der Unterstaatssekretär von Kottenburg ausführte, davon Abstand genommen werden, den Termin ausdrücklich im § 1 zu nennen.

Aus prinzipiellen Gründen plädiert Abg. Hase für die Aufnahme des Termins. Dasse man ihn fallen, so entleide sich der Reichstag einer Befugniß, dem Gesetze einen Inhalt zu geben.

Die Abstimmung wird auf Vorschlag des Vorsitzenden Abg. Hise bis zur Erledigung der §§ 3 und 4 der Regierungsvorlage und des Antrages Hase ausgesetzt.

Abg. Hase zu den §§ 3 und 4: Es handle sich darum, das Wesentliche der Wünsche der Kommission in den Entwurf hinein zu bringen. Materiell sei noch zu erwägen, ob die Worte „Geburtsort und -bezirk“ in seinem Antrag § 3 anzunehmen seien.

Der Vorsitzende: Er sei der Ansicht, daß es richtiger sei, sich auf die Regierungsvorlage zu beschränken und nichts im Gesetzentwurf festzulegen. Sont seien alle Detailerörterungen der Sachverständigen im Bundesrath ausgeschlossen. Dem Bundesrath sei Spielraum zu geben, eventuell die Fragebogen zu ergänzen. Er sei für die Regierungsvorlage.

Abg. Kettich spricht sich in demselben Sinne aus. Unterstaatssekretär v. Kottenburg: Die Formulirung Hase's sei nicht annehmbar. Was heiße Organisation der Betriebe? Hase wolle die Gerichte aufzählen, also jede Hode. Was bedeute die Beschäftigungslosigkeit der gesamten Bevölkerung? Jeder Säugling und jeder Rentner sei beschäftigungslos.

Abg. Hase: Zu § 4 seines Entwurfs habe er zu bemerken, daß er vor den Kommissionsbeschlüssen formulirt sei. Es müsse grundsätzlich zuerst entschieden werden, ob man dem Gesetze einen Inhalt geben wolle oder nicht.

Direktor v. Scheel: Er habe angenommen, daß die Kommission die Aufnahme des Geburtsortes und -bezirk nicht wünsche. Es sei ungewiss, daß die Aufnahme des Geburtsortes zur Beleuchtung der inneren Wanderungen bei Volkszählungen beitrage. Die Zahlen seien ja schon amtlich bearbeitet worden. Die Statistikerkonferenz habe es für unthunlich gehalten, wegen der schweren Komplikationen diesmal diese Fragen zu stellen. Eine ordentliche Bearbeitung sei auf mehrere tausend Seiten Veröffentlichungen zu schämen, koste viel und mache große Mühe. Ueber die Sachverständigen lägen Sonderdrucken (Kärger, Ende der 80er Jahre, G. v. Mayer in den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik, Erhebungen preussischer Regierungen) vor; eine Erhebung darüber sei also nicht erforderlich.

Unterstaatssekretär v. Kottenburg: Wollte man Geburtsort und -bezirk erfragen, so müßte die Regierungsvorlage dahin amendirt werden.

Der Vorsitzende Abg. Hise: Er hätte angenommen,

daß die Beschlüsse der Kommission von der Regierung beachtet würden, auch ohne das Gebot durch das Gesetz.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg: Er könne für die Berücksichtigung der eventuellen Zusatzfrage nach Geburtsort und Geburtsbezirk nicht garantieren. Da müsse die Kommission in dieser Richtung den Entwurf amendieren.

Abg. Haffke: Es sei zweckmäßig, eine prinzipielle Entscheidung darüber vorzunehmen, ob sein Antrag oder die Vorlage der Regierung dem Gesetze zu Grunde zu legen sei.

Abg. Dr. Schneider: So könne die Frage nicht gestellt werden.

Abg. Haffke: Betreffs Beschäftigungslosigkeit der gesamten Bevölkerung, so habe er nur die Individualisierung gemeint; er hätte gegen eine redaktionelle Änderung nichts einzuwenden. Auf die Frage nach Geburtsort und Geburtsbezirk lege er den größten Wert. Es komme an auf die Kombination zwischen Geburtsort und Bezirk einerseits und dem Beruf andererseits. Es sei zu beleuchten, was immer im Munde geführt, die Beziehungen zwischen Stadt und Land und die Wirkungen der inneren Wanderungen auf die Gestaltung der Berufszustände. Mit diesen Begriffe operiere die Sozialpolitik ohne tatsächliches Material. Es sei wichtig, zu wissen, welche Berufsquoten vom Lande und aus welchen Bezirken sie kommen. Nicht bloß die Sachverständigen, sondern die ganze deutsche Bevölkerung tendiere nach dem Westen. Wichtig sei, daß das Material schwierig zu bearbeiten sei, aber die Ergebnisse seien die Arbeit und die Kosten wert. Die Kombination von Beruf und Heimat sei das wichtigste der Berufszählung. Man solle die Ausgabe von ein paar hunderttausend Mark nicht scheuen.

Der württembergische Bundesratsbevollmächtigte v. Schickler stimmt mit Herrn v. Scheel überein. Es sei überflüssig, Geburtsbezirk zu sehen.

Der Vorsitzende schlägt eine Resolution zu Gunsten der Aufnahme der Frage: Geburtsort vor.

Abg. Schoenlank empfiehlt die Aufnahme dieser Frage.

Direktor v. Scheel: Die Geburtsortfrage könne nur bei spezialisierter Bearbeitung der einzelnen Berufe wichtige Ergebnisse zur Folge haben. Sie koste hunderttausende von Mark. Je kleiner der Bezirk, desto mehr fremde Elemente. Bezirke mit großen Gemeinden schienen weniger Bevölkerungswandel (wie in Oldenburg) zu haben, als Bezirke mit kleinen Gemeinden. Das Formular werde immer größer und belasteter.

Abg. Wenders: Die Fertigstellung des Materials werde durch die Aufnahme der Geburtsortfrage bedeutend verzögert.

Abg. Haffke: Es sei in der That pro nihilo (umsonst) die Frage ohne Spezialisierung zu behandeln. Nur Quantitatives, nicht Qualitatives wisse man über die Wanderungen vom Osten nach Westen. Für Leipzig habe er gezeigt, daß die großen Städte durchaus nicht so die Bevölkerung des platten Landes aufsaugten, wie man behauptet; der Zustuß sei vor allem aus anderen Städten gekommen.

Abg. Schneider empfiehlt die Aufnahme der Geburtsortfrage trotz der Kosten.

Der § 3 des Antrages Haffke lautet in der revidierten Form: Die Fragen der Berufszählung haben sich auf die Namen, das Geschlecht, den Familienstand, das Alter, den Geburtsort, das Religionsbekenntnis, auf Berufs- und Erwerbsverhältnisse, auf Wohnort und Betriebsstätte und auf die etwaige Beschäftigungslosigkeit zu beziehen.

Der § 3 des Haffke'schen Antrages wird in der oben angeführten Fassung mit 5 gegen 4 Stimmen angenommen.

Der § 4 des Haffke'schen Antrages lautet in revidierter Fassung:

Die Fragen der Gewerbezahlung haben sich auf die Lage, Art und Größe der Betriebe und der wichtigsten Betriebs- und Arbeitsmaschinen, auf die Organisation der Betriebe und die Zahl, Art und Organisation der in ihnen und auf ihre Rechnung beschäftigten Personen zu beziehen.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg: Neben die Ausdrucke: Organisation der Betriebe und Personen erbittet er Klärung.

Abg. Haffke: Er habe nur das was im Gewerbebogen steht, kurz zusammengefaßt. Er habe vermeiden wollen, die Einzelheiten des Gewerbebogens anzudeuten, und seine Fassung ermögliche eine eventuelle Umgestaltung des Gewerbebogens.

Der Vorsitzende: Aus diesen Darlegungen ergebe sich die Schwierigkeit, diese Dinge im Gesetze zu fixieren.

Direktor v. Scheel: Der Ausdruck: wichtigste Betriebs- u. f. w. Maschinen entspreche doch nicht den Beschlüssen der Kommission, da diese ja die charakteristischen Arbeitsmaschinen, die einen befandenen Fortschritt der Technik bedeuten, erfragt wissen wollte.

Abg. Schoenlank: Die Frage: Organisation der Personen werde falsch verstanden werden; man werde glauben, es solle nach Berufsvereinen gefragt werden.

Abg. Kettich: Es genüge: Art der Betriebe und Arbeitsmaschinen zu sagen.

Abg. Schneider: Er sympathisiere mit dem Vorschlage Kettich's.

Abg. Haffke amendiert seinen § 4 dahin, daß die Worte: „charakteristischen“ und „Geräte“, „auf die Organisation der Betriebe“, „Art und Organisation“, und „Organisation“ gestrichen werden. Zwischen „Zahl, Art“ und „und“ einzuschleichen.

Der § 4 des Haffke'schen Antrages wird abgelehnt.

Abg. Hdt wünscht eine Resolution.

Der § 5 des Antrages Haffke ist durch die Annahme der Resolution (siehe Vornahme einer Volkszählung) erledigt.

Zum § 6 des Antrages Haffke, betreffend das Recht der Zusatzfragen, erklärt Direktor v. Scheel, daß es jeder Bundesregierung freistehet, ihr Material zu bearbeiten, wo sie wolle. Daß man den großen Städten, die statistische Ämter hätten, Zusatzfragen gestatte, sei wünschenswert und sei immer bei den Volkszählungen geschehen, hier handle es sich aber um eine auf Reichskosten vorzunehmende schon stark belastete Berufszählung. Sollte man durch die Strafbestimmungen auch die Zusatzfragen decken?

Abg. Schneider empfiehlt die Streichung des § 6.

Abg. Haffke: Wenn der Bundesrat die Frage nach dem Geburtsort und nach der Adresse des Arbeitgebers nicht akzeptiere, so könnten diese beiden Fragen von den städtischen statistischen Ämtern als Zusatzfragen gestellt werden. Begebe man sich auf den Weg des Kompromisses, verzichte man gar auf die Zusatzfragen, so begebe man sich des Rechtes völlig, über den Inhalt des Gesetzes etwas zu bestimmen.

Der Vorsitzende spricht sich für den § 6 aus.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg: Man sollte eine Grenze sowohl ziehen, daß man sage: Zusatzfragen in bezug auf die Adresse des Arbeitgebers und den Geburtsort sind zulässig. Das werde der Bundesrat wohl annehmen.

Der § 6 des Antrages Haffke wird abgelehnt, der § 7 wird vom Antragsteller zurückgezogen.

Zu § 8 wünscht Abg. Haffke, daß die Instanzen, die das Material selbstständig bearbeiten wollen, die Erlaubnis dazu erhalten.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg: Von Reichswegen könne man das Nehmen von Abschriften weder erlauben noch verbieten. Das Reich habe ja sicherlich dagegen nichts einzuwenden.

Abg. Haffke: Wäre das selbstverständlich, so genüge eine authentische Darlegung im Protokoll. Das Urmaterial müßte schnell zurückgeliefert werden, deshalb werde vielfach die Genehmigung der Kreis-, großen Städten erteilt. Die Einzelstaaten erklärten, sie seien durch Reichsvorschriften gebunden.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg: Als ein Eingriff des Reichs in die Verwaltung der Einzelstaaten erschien das bestimmte Gebot, Abschriften zu gestatten.

Der württembergische Bundesratsbevollmächtigte v. Schickler:

Es könne sich nur darum handeln, ob man von Reichswegen diese Erlaubnis geben solle. Es sei selbstverständlich, daß man Abschriften nehmen könne. Aber wie stehe es mit der Abschriftenschrift, oder mit dem rechtzeitigen Zustandekommen der Bearbeitung?

Abg. Haffke: Es genüge ihm, daß der Gedanke, der in § 8 ausgesprochen sei, in einer Resolution ausgedrückt werde.

Direktor v. Scheel: Der § 8 sei in dieser Form nicht annehmbar.

Abg. Haffke zieht auf Grund der von den Regierungsvertretern abgegebenen Erklärungen den § 8 zurück, ebenso zieht er die Forderung der Festsetzung des Termins auf den 14. Juni 1895 und den § 10 zurück.

Die §§ 4 und 5 der Regierungsvorlage werden angenommen.

Nächste Sitzung (Zweite Lesung) den 19. Februar, vormittags 11 Uhr.

Tokales.

Zur Lokalliste sind folgende Lokale nachzutragen: Hamann, Veltmannstr. 70, und Rejner, Grünwaldstr. 110 in Schöneberg.

Mit einer vielseitigen Kundene beehren vier Kriminalbeamte heim, welche zu unserem Parteigenossen Hensel, Fietzenstr. 15, hausfuchen gegangen waren. Sie beschlagnahmten: 1. Zwei Stück Sandstein; 2. ein Stück Bindstein; 3. eine Dose mit Gips; 4. eine mit grüner, 5. eine mit rother Farbe; 6. fünf Zigaretten; 7. eine Emser Depesche; 8. eine heilige Fahne; 9. ein Exemplar der Broschüre „Die Polizei und die Arbeitslosen“; 10. diverse andere bislang noch unverbundene Broschüren; 11. eine rote Nummer vom Leitener „Volksblatt“ und 12. etwa hundert auf den gemeindefürlichen Namen Richard Fischer lautende Stimmzettel. Der Staat ist wieder einmal gerettet.

Die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft hat bekanntlich in so viele Berufszweige hinüber gegriffen, daß nur wenige Betriebe vorhanden sind, in denen die Proletarierinnen nicht irgendwie den anspruchsvolleren männlichen Arbeiter verdrängt hätte. Es macht für unsere Unternehmern selbstverständlich dabei wenig aus, bis zu welchem Grade das Weib die Arbeit, die es zu billigen Löhnen zu verrichten hat, körperlich vertragen kann. Die Hauptfrage ist, daß ein möglichst ansehnlicher Profit erzielt wird; und ein Gefühl höchster Würdigkeit befiehlt unsere „Arbeitgeber“ angesichts der volkswirtschaftlichen Frage, ob es denn auch zu verantworten sei, daß eine ganze Generation den dreimal heiligen Profit zu Ehren verküppeln und zu Grunde gehe. Die Rücksichtslosigkeit des Kapitalismus tritt besonders grell in den Betrieben in die Erscheinung, von denen frühere Generationen auch kaum gekannt haben, daß das Weib in ihnen je zum Ausbeutungsbjekt werden könne, in der Industrie der Metallverarbeitung, der Feinmechanik etc. Um aus vielen trostlosen Beispielen ein herauszugreifen, wollen wir für heute ein Bild aus der elektrotechnischen Anstalt von Siemens u. Halske vorführen. Dort sind neben vielen anderen Proletarierinnen auch einige zwanzig Arbeiterinnen damit beschäftigt, die Glühlampen luftleer zu pumpen und zuzuschmelzen, eine Arbeit, die, wie bekannt sein dürfte, unter Anwendung von Quecksilber verrichtet wird. Die Wirkung des Arbeitens mit diesem giftigen Metall zeigt sich denn auch recht prompt. Das vorhin zuweilen noch blühende Köpfchen der Arbeiterinnen macht einer bleichen Gesichtsfarbe platz, es stellt sich große Appetitlosigkeit ein, die Zähne werden im Munde locker und bei manchen zeigen sich im Munde Wunden und Ausschläge. Und diese gemeingefährliche Arbeit wird einzig zur höheren Ehre des Profits von Frauen verrichtet und der Lohn für die Arbeitsleistungen wird selbstverständlich immer tiefer und tiefer heruntergedrückt. Das gehört einmal so zu unserer durch Umstrukturierungen aufrecht zu erhaltenden herrlichen Ordnung. Bis vor anderthalb Jahren ist die Arbeit, bei der sich jetzt Mädchen und Frauen vergiften, von robusteren Männern verrichtet worden. Dann wurden Arbeiterinnen eingestellt, denen anfangs für das Hundert Lampen eine Mark bezahlt wurde. Bald darauf wurde der Lohn auf 80 Pf. reduziert, dann auf 75 und gegenwärtig giebt es nur noch 70 Pfennige! Wenn die Frage gestellt wird, wie denn die Arbeiterinnen es fertig bringen, in verpesteter Atmosphäre und bei fortwährend herabgedrückten Löhnen Monate und Jahre lang ihre Gesundheit aufzuopfern, so heißt es auch hier: Ein Narr wartet auf Antwort. Der Hunger ist keine Annehmlichkeit und die Prostitution unter heutigen Verhältnissen auch nicht, und an den heutigen Proletarierinnen muß bewundert werden, daß alle Ausbeutung und alle Angriffe und Anale unter dem Joch des Kapitalismus nur selten einem Opfer die Ehre zu rauben vermögen.

Die Verabfolgung des Zinsfußes, welche die Große Berliner Pferdebahn-Aktiengesellschaft für die Dienststationen ihrer Angestellten angedeutet hat, leidet sich nicht, wie wir bei unserer Mitteilung in vorletzter Nummer annahmen, von der „allgemeinen Kamalität“ oder gar von der Profitgier her. Die Anordnung findet ihre Ursache einzig in einem wahrhaft edlen Bestreben, nämlich in der unausgesprochenen Fürsorge der Direktion für die Sicherheit und das Wohlergehen ihrer Angestellten.

Wer's nicht glaubt, lese die betreffende Verfügung selber, die wir nachstehend in Original-Portant wiedergeben:

An die Postverwaltung.

Die Verzinsung der von den Angestellten hinterlegten Dienststationen bis zur Höhe von 100 M. ist seit jeder Jahresabschluss des Geschäftsjahres in Höhe von 4 pSt. geschehen.

Infolge Sinkens des Zinsfußes ist jedoch eine sichere Belohnung der Kautionsgelder zu einem 4prozentigen Satze nicht mehr zu ermöglichen.

Obwohl wir trotzdem für das vergangene Jahr auf die bestellten Kautionsbeträge nochmals den Zinsfuß von 4 pSt. berechnen und zur Zahlung angewiesen haben, ist uns aus dem vorgezeichneten Grunde bis auf weiteres nur eine 3/2prozentige Zinsvergütung derselben möglich.

Die Angestellten sind hieron zu benachrichtigen.

Die Direktion.

Reber.

Ist das nicht wahrhaft edel, hilfreich und gut bei 12 1/2 pSt. Dividende motiviert?

Alt-Röfen. Einer Zeitungsmeldung zufolge hat ein Konfession sich den ganzen Häuserblock zwischen der Gertrudenstraße, Roststraße, Friedrichsgracht und Petrisstraße, einschließlich der Häuser an der Mittergasse, im ganzen nicht weniger als 44 Grundstücke, durch Schlußscheine auf längere Zeit anstellen und sichern lassen. Die letztgenannte Schwale Gasse würde entweder verlegt und verbreitert, oder, falls man das ganze Häuserviertel etwa mit einem großen Monumentalgebäude bebauen will, ganz kasstet werden können.

Die Wälder, denen wir diese Nachricht entnehmen, entdecken ursprünglich ihr menschenfeindliches Derg und geben eine gar anschauliche Schilderung von dem grauenhaften Zustand dieses Häuserviertels. Bei vielen der in Frage kommenden Häuser, so heißt es, steht die Sache so, daß sie nicht nur keine Brandmauern haben, sondern daß zum öfteren zwei Häuser nur eine gemeinsame Scheidewand, letztere aus Stalenerz (Stäbe, die mit Stroh umwunden und mit Lehm beworfen sind) besteht. Verschiedene — getrennten Besitzern gehörige Häuser, Häuser mit gesonderten Hypothekensollen — haben einen und denselben oder mehrere Häuser fortlaufenden gemeinschaftlichen Boden. Umgekehrt besitzen andere Häuser wieder unter der Erde gemeinschaftliche Keller, wenn man die betreffenden dunklen Erdhöhlen mit dem Namen Keller beehren will. Statt der Höhe findet man oft genug enge, dumpfig und muffig riechende Löcher. Der größere Teil ist so schlecht gebaut und mit Holz durchsetzt, daß hier eine Feuers-

brunst, trotz unserer vorzüglichen Feuerwehr, wenn zufällig lebhafterer Wind oder gar Sturm herrschen sollte, den ganzen Stadtteil in Asche verwandeln könnte.

Und warum diese nur zu wahre Schilderung in Wäldern, welche über die Verhältnisse der Sanitätskommission mit Spott und Hohn hinweggehen? Zu lieber Himmel, die Sache ist zu rührend, als daß man kalten Herzens an ihr vorüber gehen könnte. Das Konfession, das an diesem Unternehmen einige Millionen zu verdienen hofft, muß als eine Gruppe doppelt edler Menschenfreunde gepriesen werden. Nur die pure Menschenliebe treibt bei dem Unternehmen ihr Wesen.

„Unser Recht“. Wir erhalten folgende Zuschrift: Der früher angekündigte Vortragszyklus „Unser Recht“, populäre Darstellung des geltenden Rechts, beginnt am nächsten Donnerstag, abends 8 Uhr, im Langenbeckhause, Ziegelstr. 10/11. Hof Energiegebäude 2 Tr., und finden dann die weiteren 8 Vortragsabende an jedem Montag und Donnerstag statt. Mitglieder von Hoch- und anderen Arbeitervereinen erhalten die Billets zu dem ganzen Zyklos für den ermäßigten Preis von 2 M. bei H. A. Weber, Kaiser Wilhelmstr. 89, und abends an der Kasse.

Die Armenärzte sind von der Armenverwaltung angewiesen worden, in Fällen der Behinderung des zuständigen Armenarztes eines ihrer Nachbarbezirke dort armenärztliche Behandlung auszuüben, wenn die Erkrankung ärztliche Hilfe dringend erforderlich macht. Die Hilfsbedürftigen haben in solchem Falle die Anweisung ihres zuständigen Armenkommissions-Vorsitzers beizubringen, welche für den Armenarzt des fremden Bezirkes als dienliche Aufforderung gilt.

Das Liebesdrama eines Dreißigjährigen. Er dolcht hat sich in der Wohnung seiner früheren Geliebten der 53 Jahre alte Schlächter Albert Heinrich, der in der Rungelstraße wohnte und seinen Unterhalt durch Schlachten und Würstchen machen bei Gastwirthen fand. Er fand früher in einem Liebesverhältnis zu der jetzt 50 Jahre alten Wittwe Burckhardt, die als Tragefrau in der Central-Markthalle beschäftigt ist und mit ihren nahezu erwachsenen Kindern im Erdgeschosse des Hinterhauses Parochialstr. 13 wohnt. Frau Burckhardt hatte ihrem Auheter vor etwa 5 Jahren die Wohnung und auch die Freundchaft gekündigt, weil er zum Trunke neigte und öfter unheimliche Szenen herbeiführte. Trotzdem erhielt sie von Zeit zu Zeit den Besuch Heinrich's, der sich auch am Sonnabend Nachmittag durch den ihm gewordenen ziemlich kühlen Empfang nicht abweisen ließ. Er ermittelte schließlich von Frau Burckhardt die Erlaubnis, sich ein Kumpfeck in ihrer Küche braten zu können und trank dazu eine Weise. Dann versiel er in eine traurige Stimmung über sein liebesleeres Dasein und äußerte, daß er seit dem Tode seiner Mutter, und nachdem er von derjenigen, die er liebe, zurückgewiesen sei, seinen Anhalt und seine Liebe mehr finde. Frau Burckhardt wich dem erneuten Annäherungsversuch aus, indem sie äußerte: „Ach was braucht so ein alter Mann noch Liebe!“ Auch legte sie den an sie gerichteten Worten Heinrich's: „Ja, Du mußt leben. Du hast ja noch die Kinder“ keine tiefere Bedeutung bei. Während die Frau nun in der Küche ihrer häuslichen Beschäftigung oblag, hatte sich Heinrich mit ihrer Zustimmung in das daneben belegene Wohnzimmern zurückgezogen, um dort auf dem Sopha eine „halbe Stunde“ zu ruhen. Etwa zehn Minuten später, gegen 4 1/2 Uhr, hörte Frau Burckhardt unheimlich röhrende Töne und fand, als sie eiligt hinzulief, daß der neben dem Sopha stehende Kleiderschrank von Blut bespritzt war. In der Annahme, daß Heinrich etwas zugestoßen sei, rief sie den Hauswirth vom Hofe herein, um mit seiner Hilfe den vom Sopha auf den Fußboden gesunkenen Mann wieder hochzurichten. Während sie den Oberkörper ansah, gerieth sie mit einer Hand an den Griff eines dolchartigen langen Messers, das noch in dem Herzen Heinrich's steckte. Der in vorgerücktem Alter stehende Mann hatte die verschmähte Liebe nicht überwinden können und sich in der Wohnung seiner Angebeteten, wo er einst glückliche Tage verlebte hatte, den Todesstoß gegeben. Die nervenstarke Frau zog den Dolch aus der Wunde und ließ sofort einen Arzt herbeirufen. Die Hilfe kam aber vergebens, denn der Tod war gleich eingetreten. Die Leiche wurde durch das 21. Polizeirevier beschlagnahmt und am Abend dem Scharnhause zugeführt. Der schauerliche Vorgang macht in der Nachbarschaft viel von sich reden.

Umsturz bei Zivil und Militär. Sehr blutig ist am Sonntag abend eine Schlägerei zwischen Offiziersburken und Zivilpersonen verlaufen. In dem Wirthshause von G. an der Ecke der Rollenborf- und Maagenstraße waren beide Theile etwa um 10 Uhr abends in Streit gerathen. Die Zivilpersonen sollen zunächst vom Messer Gebrauch gemacht haben, worauf die Soldaten ihre Waffe in der ausgiebigsten Weise zur Anwendung brachten. Auch Billardqueues wurden zu Hilfe genommen. Bei dem Kampfe, der sich aus dem Lokal auf die Straße zog, sind auf beiden Seiten schwere Wunden vorgekommen. Einem Soldaten, der mit dem Seitengewehr nach einer Zivilperson warf, wurde die Waffe zerbrochen.

Der Raub des Reichstags-Abgeordneten. Von einem empfindlichen Verlust ist am Sonnabend abend der Reichstags-Abgeordnete v. H. betroffen worden. Der feubale Herr hatte nach einem „Alten Herren-Diner“, das von dem Gesamtausschuß des allgemeinen Verbandes aller Korpsstudenten veranstaltet worden war, noch mehrere der „vornehmsten“ Wein- und Bier-Restaurants Unter den Linden und in der Friedrichstraße besucht. Zum Schluß will Herr v. H. in einer Droschke heimgesahren sein. Als er dann zu Hause kam, merkte er plötzlich, daß sein hochgelegener Winterpalestot gegen einen anderen vertauscht war und daß ihm sein schwarzes Leder-Portefeuille, das er im Innern seiner Weste trug, mit einem Inhalte von ca. 2000 Mark in Hundertmarkstheinen in Verlust gerathen war. In dem Portefeuille befanden sich außerdem verschiedene Legitimationspapiere des Herrn v. H., wie z. B. als Reichstags-Abgeordneter, als Mitglied des deutschen Offiziersvereins, als Mitglied des Waarenhauses für deutsche Beamte etc. etc. Der verhältnismäßig schnell ermüdete Reiterer soll dem ehrlichen Finder, wie es heißt, eine Belohnung von 800 M. zugesichert haben.

Bei derart angenehmen arrangirten Geldverhältnissen begreift man übrigens, daß die konservativen Reichstags-Mitglieder trotz des agrarischen Nothstandes wohlgemuth auf Diäten verzichten können.

Ein Raubstück. Uebel mitgespielt wurde dem 48jährigen „fliegenden Wursthändler“ Johann Mikowit aus der Bernauerstraße 118, der in der Nacht zum letzten Sonntag seine warme Waare in der Chausseestraße feilbot. Er wurde von einem Herrn aufgefordert, in einem Wirthshause ein Glas Bier zu trinken. Raum war er eingetreten, als er misfamnt dem Spender des Bieres hinausbefördert wurde. Hinter ihm her flog der Kasten mit den „Warmen“. Außerdem hat Mikowit durch den Wurf mit einem Seidel eine Wunde am Kopfe davongetragen, so daß er nach der Charitee gebracht werden mußte, nachdem ein Schutzmänn ihn auf der Straße liegend gefunden hatte.

Einer der den Schwindel versteht. Wegen Betruges wurde der früher in Weipensee wohnhafte gemeine Bau-Unternehmer H. verhaftet, der eine Reihe von Bauhandwerkern um etwa 80000 Mark geschädigt hat. Er hat an seine Lieferanten nie einen Pfennig gezahlt. Auf ihre Vorstellungen pflegte er zu erwidern: „Verlagt mich. Wer einen Pfennig von mir bekommt, dem zahle ich 100 Mark.“

Durch den Hufschlag eines Pferdes wurde am Montag früh um 2 1/2 Uhr der 55 Jahre alte Stallknecht Jakob Andersen schwer verletzt. Er war in dem Pferdehals von Berg, am Schiffbauerdamm 33, beschäftigt und ging hinter dem Stande eines von ihm schon längere Zeit gepflegten Pferdes vorbei, als

dieses ausschlag und Andersen am Kopfe traf. Andersen mußte nach der Charitè gebracht werden.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich am Sonnabend Abend in Spandau ereignet. Im Hause Linnart, 10 sollten die zugekauften Wasserleitungen wieder aufgestellt werden, und ein zu diesem Zweck herbeigeschaffter Dampfessel war auf dem Hausflur in Betrieb gesetzt worden. Um ihre Arbeit an der Rohrleitung zu verrichten, hatten sich die zur Bedienung des Kessels bestimmten Leute entfernt und den Dampfapparat ohne Aufsicht gelassen. Während ihrer Abwesenheit machte sich ein elfjähriger Knabe an dem Apparat zu schaffen und stieß denselben plötzlich um. In diesem Augenblicke explodirte der Kessel, und der austretende heiße Wasserdampf ergoß sich über den Knaben und drei andere Kinder, die sich in der Nähe befanden. Der Knabe, Sohn des Arbeiters Linde, wurde am ganzen Körper entsetzlich verbrüht; sein Gesicht ist eine unkenntliche Masse. Gefährlich verbrannt wurden auch die ein Jahr jüngere Schwester und zwei kleinere Kinder des Arbeiters Schulz. Die Kinder, welche furchtbare Qualen anzusehen haben, wurden nach dem städtischen Krankenhause geschafft; zwei von ihnen werden kaum wieder aufkommen.

Von neuem verunglückt ist der Schul- und Quadrillereiter Willi ms aus dem Jukus Mey. Williams ist vielen Besuchern durch die Vorführung der ungarischen Post und der römischen Spiele bekannt. Im Dezember v. J. wurde er von einem Weisshieb, der für ein Pferd bestimmt war, in das linke Auge getroffen, sodas er längere Zeit in der Klinik in der Jägerstraße krank lag. Dieser Tage war er mit der Dressur eines Pferdes beschäftigt, dessen Beine mit Stricken gefesselt waren. Durch ein Versehen kam das Thier zu Fall und begrub Mr. Williams unter sich. Er hat eine Quetschung des linken Beines davongetragen, die ihn wiederum dienstunfähig gemacht hat.

Von einer Feuerbrunst wurde in der Nacht vom Sonntag in der dritten Stunde die Stabfahnenfabrik von Heine und Blankerz, Georgenstr. 44, heimgesucht. Zur Bewältigung des Feuers wurden zwei Rohre gebraucht, ein Weitergang mußte angelegt werden und der Rauchhelm wurde in Gebrauch genommen.

Ein Verwechslungsspiel. Am Mittwoch wurde der berühmte Cindreher Karl Wendt in das Untersuchungsgefängnis zu Moabit eingeliefert, am Sonnabend ist er — mit Hilfe des Richters wieder entlassen. Er theilte die Zelle mit einem gewissen Hallmann, den er zum Wechseln der Namen zu überreden wußte. So wurde Wendt zum Hallmann und Hallmann trat als Wendt vor den Untersuchungsrichter. Da dieser sich überzeugte, das die Verhaftung Hallmanns zwecklos sei, wurde verfügt, das dieser entlassen werden sollte. Damit war Wendt, der die Rolle Hallmanns spielte, außerordentlich zufrieden, nicht so der echte Hallmann, der nun sehr trübe Erfahrungen machte. Denn als er plötzlich behauptete, er wolle in Freiheit gesetzt werden, da er nicht Wendt, sondern Hallmann sei, hatte er nur einen Nacherfolg, und als er sich nun wie ein Rasender gebendete, wurden ihm Handeisen angelegt. Der wahre Wendt aber frohlockte nicht wenig, das ihm amtlich zu seinem Fortkommen verholfen wurde. Zu spät erst wachte sich der Irrthum auf.

Zu vergiften versuchte sich im Beisein der Angehörigen am Sonnabend Nachmittag der 22 Jahre alte Lithograph Richard Knoth, der in dem Hause Friedenstr. 216 bei den Eltern wohnt. Er trank in der elterlichen Wohnung Salzsäure und Sant als bald bewußtlos am. In schwerem Zustande wurde er auf Veranlassung des St. Polizeireiters nach einem Krankenhause gebracht, wo er bedenklich darniederliegt und über die Veranlassung zur That nicht vernommen werden konnte. Die Eltern können sich den Vorgang nicht erklären.

Die Leiche einer Greisin wurde am Sonntag Morgen um 7 1/2 Uhr am Kronprinzensee in der Spree schwimmend bemerkt und von einem Straßknecht an das Land gebracht. Ausweispapiere waren nicht vorhanden, sodas die Persönlichkeit nicht gleich ermittelt werden konnte.

Ein gefährlicher Anfall hat sich am Montag, morgens 10 1/2 Uhr, den Passanten in der Scharrnstraße. Aus dem Hause Nr. 20 stürzte sich der dort in dem dritten Stockwerk wohnende Kaufmann Bruno Jles in selbstmörderischer Absicht aus einem Fenster seiner Wohnung auf die Straße. Mit zerbrochenen Gliedmaßen und schweren inneren Verletzungen wurde der Selbstmörder noch lebend, aber bewußtlos, nach der Unfallstation in der Bräuerstraße gebracht. Am Sonnabend war derselbe erst aus der Charitè entlassen. Schlechter Geschäftsgang und Krankheit sollen die Ursache des versuchten Selbstmordes sein.

Polizeibericht. Am 16. d. M. vormittags wurde eine Frau auf dem Fahrbaum vor dem Hause Oranienstr. 177 durch

den Scheerbaum eines Milchwagens schwer an der rechten Hüfte verletzt. — Gegen Mittag wurde auf dem Plur eines Hauses in der Friedrichstraße ein Mann sichtlich krank und bewußtlos aufgefunden. Nach ärztlicher Annahme hat er sich vergiftet. — In der Wohnung einer Frau in der Parochialstraße tödtete sich ein Schlichter, indem er sich ein Messer ins Herz stieß. Auf dem Alexanderplatz glitt ein Mann aus und brach dabei das Bein. — Abends fiel eine Frau in der Stephanstraße infolge der Glätte hin und erlitt einen Bruch des Handgelenks. — Am 17. d. M. morgens wurde ein junger kranker Mann in seiner Wohnung, in der Kleinen Andreaskirche, erhängt vorgefunden. — In der Spree, gegenüber dem Grundstüd Hinderstraße 1, wurde die Leiche einer Frau angeschwemmt. — Nachmittags fand in der Stralauerstraße zwischen zwei Pferdebahnhöfen, infolge Entgleisung des einen, ein Zusammenstoß statt, wobei der Schaffner und ein Fahrgast, die beide auf dem Hinterraum des entgleisten Wagens standen, erheblich verletzt wurden. — Abends fiel in der Grenadierstraße ein Mann in der Trunkenheit hin und verletzte sich bedeutend am Hinterkopfe. — Am 16. und 17. d. M. fanden 12 Brände statt, darunter drei Dachstuhlbrände, nämlich im Krankenhause im Friedrichshain und auf den Grundstüden Georgenkirchstr. 44 und Krausenstr. 5; außerdem brannte in einem Lagerkeller, in der Meiserstr. 84, infolge Unvorsichtigkeit des Hausbauers Petroleum und Benzin.

Witterungsübersicht vom 17. Februar 1895.

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand in mm., Windrichtung, Windstärke (Stufe 1-12), Wetter, Temperatur (nach Celsius). Rows include Spinemünde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien, Saporanda, Petersburg, Gork, Aerdin, Paris.

Wetter-Prognose für Dienstag, 19. Februar 1895. Ziemlich trübes, nebeliges Wetter mit leichten Schneefällen, Schwachen nordwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Gerichts-Beitrag.

Pädagogische Nuchmittel rohester Art hat der Dorfschullehrer Paul Kuffrow in Dennisdorf bei Oranienburg zur Anwendung gebracht, der sich gestern wegen Ueberschreitung des dem Lehrer zustehenden Züchtigungsrechtes vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten hatte. — Nach der Anklage soll er solchen Schülern heiderlei Geschlecht, welche beim Singen und Lesen den Mund nicht richtig öffnen wollten, die Spitze des Violinbogens mit größter Heftigkeit zwischen die Zähne gesteckt haben, um dieselben mit Hebelkraft auseinander zu zwingen. In seinen Liebhäusern gehörte es ferner, unaufmerksamen Schülern mit dem zugespitzten Treuenmesser seiner Frau, das er stets in der Hand trug, auf den Kopf zu „tippen“, wobei ein Knabe eine Gehirnerschütterung erlitten haben soll. Endlich soll er das spanische Rohr in exemplarischer Weise, die erst weit über Maß und Ziel hinausging, gebraucht haben. Der Angeklagte bestritt dies alles nicht, suchte vielmehr die Sache nur in milderem Lichte darzustellen. Die Verhörungen mit dem Violinbogen und dem kleinen Messer seien nur leichte, sehr vorsichtige, keineswegs schmerzhaft gewesen. Auch energische Züchtigungen mit dem Rohrstock bestritt er nicht, doch sei er in diesen Fällen zu energischer Bestrafung gezwungen gewesen. So habe eines Tages eine Knabe beim Kaufmann drei Birnen gestohlen. Er habe denselben über die Bank gelegt, ihm die Höllein stramm gezogen und ihm einige kräftige Hiebe mit dem spanischen Rohr auf das Gesäß gegeben. Das solche Schläge zumal bei dünner Sommerkleidung Spuren hinterlassen, sei selbstverständlich! Am nächsten Tage sei der geächtete Knabe der Schule ferngeblieben und als er am dritten Tage wieder zur Schule kam, habe derselbe auf die Frage, warum er gestern gefehlt habe, recht lech und trozig erwidert: „Ich kann nicht sehen!“

Der Ton, in welchem diese Antwort gegeben worden sei, habe eine ernente Bestrafung notwendig gemacht. Er habe den Knaben wieder übergelegt, ihm eine zweite Züchtigung zu theil werden lassen und denselben alsdann auf seinen Platz geschickt mit den Worten: „So, jetzt wirst Du sehen können.“ Die ungläublichen Robheiten des Prügelpädagogen wurden mit sager und schreie zwanzig Mart bestraft!

Vermischtes.

Die verzollte Encyclopaedia. Die moderne Handelspolitik scheint auch vor dem Heiligsten nicht mehr Halt zu machen, denn nur so war es möglich, das die Exemplare der nach Amerika gesandten neuesten Encyclopaedia, wie aus New-York berichtet wird, mit Zoll belegt wurden und erst nach Ertrag des Zollfußes für Papierwaren den Gläubigen der Vereinigten Staaten zugänglich gemacht werden konnten. Hoffentlich werden die darin enthaltenen guten Lehren von den smarten Yankees umsonst beherzigt werden, da ja die päpstliche Emanation schon bei ihrem Anlangen zur Hebung des Nationalvermögens beitrug.

Reichsgerichtsrath Vahr. Aus Kassel wird telegraphirt: Das frühere langjährige Mitglied des Reichstages, Reichsgerichtsrath Otto Vahr, ist heute hier gestorben. Mit ihm ist ein scharfsinniger und unabhängiger Jurist und ein freimüthiger Mann dahingegangen, dessen Aufsteigen in den letzten Jahrgängen der „Orenboten“ beachtliches Aufsehen erregten.

Erzherzog Albrecht, der Sohn des Erzherzogs Karl, des Siegers von Aspern, ist heute im Alter von 78 Jahren gestorben. Als einziger Feldmarschall der österreichischen Armee hat er deren Organisation stark beeinflusst. Dank der Unterstützung eines ausgezeichneten Generalstabschefs wird seiner Leitung der Sieg von Custozza (1866) zugeschrieben. Er vertrat stets den reaktionärsten Standpunkt in der österreichischen Politik und befürwortete in diesem Sinne freundschaftliche Beziehungen mit Rußland. Als Generalgouverneur von Ungarn (1851—1860) wirkte er im Sinne der politischen Unterdrückung und als Germanisator. Das Volk war stets frei von Sympathien für den Mann, der sich immer als Soldat und nur als Soldat fühlte.

Die Leiche des bei dem Untergang der „Elbe“ ums Leben gekommenen Walter Schüll, für deren Auffindung eine Belohnung von 200 Pfund aufgesetzt war, ist am Sonntag bei Duingeh von dem Fischer William Tart aufgefunden worden. Bei der Leiche wurden 5 Hundertmarkstücke, eine goldene Uhr, ein Ring mit der Inschrift „Emmy Schöeller“, 7 Gold-, 8 Silbermünzen und andere Gegenstände vorgefunden. Die Leiche hatte einen „Elbe“ gezeichneten Rettungsbüchel um.

Heber ein Eisenbahn-Unglück wird aus Bamdrup (Dänemark) vom Sonntag gemeldet: Heute früh entgleiste hier infolge des Versagens der Bremsvorrichtung der Güterzug 2554 und stürzte die Böschung hinab. Zehn bis fünfzehn Wagen wurden zerstückelt oder stark beschädigt. Menschen sind nicht verletzt worden.

Aus Gisleben schreibt man der „Saale-Zeitung“: Am Sonnabend, gegen 2 Uhr früh, nachdem die schon früher öfter bemerkte pendelartige Bewegung, als ob solche eine unter und befindliche Erdsäule oder Erdmasse bewirkt, sich wiederholt hatte, nahmen wir den unterirdischen Zusammenbruch derselben wahr, ohne jedoch andere Geräusch, als beim Einstallen großer Erdmassen sich zeige. Soeben, um 2 Uhr mittags, erfolgte eine furchtbare Erderschütterung mit Detonationen, so das die Wände knackten.

Der Dampfer „Nesna“, der mehrere Tage im Gise der Ostsee seilich, ist Sonntag spät abends durch den Eisbrecher „Trave“ wohlbehalten in den Lübecker Hafen gebracht worden.

In Rom herrschte am Sonntag und Montag wieder außerordentliche Kälte. In der Nacht fiel das Thermometer auf 5 Grad unter Null. Die öffentlichen Brunnen sind eingefroren.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Gölire (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erstelt werden soll.

Dennsdorf. Mit der Veröffentlichung der Jagdgeschichte wollen wir doch lieber warten, bis Sie sich für deren Wahrheit verbürgen können.

Metallarbeiter. Müste leider wegen Raummangel zurückgestellt werden.

H. Z. Luckenwalde. Ist verfrüht; warten wir die Antwort des Staatsanwalts ab.

Michael Sandhausen. Hoffentlich ist der Streit durch die Mannheimer Versammlung nun beigelegt, weshalb wir den Abdruck Ihres Artikels unterlassen wollen.

Wichtig zu den Postdebatten im Reichstage!

Heute Nachmittag erscheint und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Herr v. Stephan und seine Leute.

Zur Lage der unteren Postbeamten.

Von O. Vieth, Berlin. Preis 75 Pfg.

- Inhalt: 1. Rechtliches Verhältnis zwischen Postverwaltung und Unterbeamten. 2. Befoldungsverhältnisse. 3. Das Altersstufen-system. 4. Der Wohnungsgeldzuschuß. 5. Dienst- und Urlaubverhältnisse. 6. Wohlfahrts-einrichtungen.

Verlag von Hans Baake, Berlin S., City-Passage.

Theater-Verein „Freier Wille“

tagt jeden Dienstag im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18a, abends 8 1/2 Uhr.

In Vorbereitung: Größere Aufführungen, wozu noch Herren und Damen als Mitglieder erwünscht sind.

Wöchentliches Beitrag: 10 Pfg. Der Vorstand.

Kränze,

Guirlanden und Blumen, empfiehlt zu den billigsten Preisen A. Retzlaff, Kranzbinderei an der großen, 80, Gerichtstr. 80.

Lexikon, Brockhaus, tauff Saner, Raupachstr. 2.

Zum heutigen Wiegenfeste für Frau Hauke ein donnerndes Pechschuß, das die ganze Warfchauerstraße wackelt. Die Sieben trinkt. T. G. N. N.

Mitlich verspätet! 1787b Dem Sangesbruder W. Neuhner die beste Gratulation zum Geburtstage am 16. I. 95.

Der 1. Tenor des Gesangsvereins der Kupfer Schmiede (M. d. N. S. B.).

Codes-Anzeige.

Sonnabend, den 16. d. M. verschied nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau Therese geb. Schmidt im 42. Lebensjahre. 1781b

Dies zeigt tiefbetrübt allen Freunden und Bekannten an Franz Schmalowsky, Offenbach 8. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Georgenkirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

Ethische Gesellschaft.

Den Mitgliedern zur Nachricht, das am 16. d. M. unser treues Mitglied, der Buchbinder

Julius Thormeier

an der Proletariatskrankheit verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmauskirchhofes aus statt.

Um rege Theilnahme bittet 115.1 Der Vorstand.

Dankagung.

Berwandten und Bekannten für die herzliche Theilnahme und den reichen Blumenschmuck meiner lieben Frau und unserer guten Mutter am Grabe der so früh Entschlafenen unsern innigsten Dank. 1720b

Ed. Göpfert nebst Töchtern.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Filiale Schöneberg).

Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr, bei Rehner, Brunenwaldstr. 110: Mitglieder-Versammlung.

- Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. 179/13 Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse der Zigarrenmacher, Zigarrensortierer und deren gewerbl. Hilfsarbeiter.

Mittwoch, den 27. Februar, abends 8 Uhr, im Restaurant Bräuning, Rosenhallerstraße 11/12: Generalversammlung.

Tagesordnung: Vorlegung des Jahresberichts. Bericht der Kommission zur Vorprüfung der Jahresrechnung. Ertheilung der Decharge. Unerledigte Gegenstände der letzten Generalversammlung. Berichte. Anträge. Die Herren Vertreter werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 1780b Der Vorstand.

Wäschejuchneider

auf Hemden, Stragen und Manschetten bei hohem Verdienst im Akkord sucht 2999M Emil Riese, Reizigerstraße 72.

Mittheilung: Mienkllen und Motherrseigeräth, Jordan, Kleine Markuststr. 28.

Fr. Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.

Heute, Dienstag, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Wernau, Rosenhallerstraße 57: Versammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Um zahlreichen Besuch bittet [100/9] Der Vorstand.

Viktoria-Häle, Rixdorf, Hermann-Strasse Nr. 45.

Donnerstag, den 21. Februar 1895:

Gr. Bockbierfest

Beginn 9 Uhr. Entree frei. Im grossen Saale werden 20 Tonnun Bockbier gratis ausgeschenkt. Eintritt ist nur gegen Einlaßkarten gestattet, dieselben sind zu haben beim Oekonom Paul Maase.

Julius Haase's Ball-Salon „Königsbank“

Große Frankfurterstraße Nr. 117. Jeden Sonntag: Grosser Ball. Anfang 5 Uhr.

Empfehle meinen Saal, 1000 Personen fassend, den geehrten Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten. 1720b

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schwarze Zahnlehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 2-7 Uhr. [2011b

Kranzbinderei u. Blumenhdlg. Robert Meyer,

Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2. NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Arbeitsanfrage W. Pahr, Brunnenstr. 112.

Blumenhandlung P. Abromeit, Glückerstraße 69, Berlin SW.

Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden u. s. w. Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Homöopath. Regt Dr. Bösch, Dintenstraße 149, 8-10, 5 bis 7, Sonntag 8-10 Uhr. 1875L*

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
Dienstag, den 19. Februar.
Opernhaus. Bajazzo. Die Puppenfee.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Deutsches Theater. Der Mann im Schatten.
Berliner Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Festung-Theater. Aus Berlin W.
Neues Theater. Der seltsame Toupinel.
Vorher: Unsere Nachbarn.
Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Theater Unter den Linden. Der Probelauf.
Schiller-Theater. Rabale und Liebe.
Sellealliance-Theater. Verliebte Mädchen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Obersteiger.
Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Korps. Gefindeball.
Central-Theater. Unsere Rentiers.
National-Theater. Die lebende Brücke.
Alexanderylah-Theater. Die Braut von Messina.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Sausmann's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Dienstag, den 19. Febr., abends 8 Uhr:
Rabale und Liebe.
Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr: Der Schwabenreich.
Donnerstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr: Rabale und Liebe.
Freitag, den 22. Februar, abends 8 Uhr: Der Schwabenreich.
Abonnementshefte werden täglich 11-1 und 6-8 Uhr ausgegeben.

National-Theater.
Große Frankfurterstrasse 182.
Sensationelle Novität!
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft William Calder
(Direktion S. Verstraete u. G. M. Polini).
Die lebende Brücke.
(The span of life.)
Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), neuen Dekorationen und Kostümen, nach dem Englischen von Sutton Vane, übersetzt von S. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedocke. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Zakowsky. Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater
Alte Jakobstrasse Nr. 30.
Emil Thomas a. G.
Novität! Zum 2. Male: Novität!
Unsere Rentiers.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannstädt und Julius Freund.
Musik von Julius Einddshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Unsere Rentiers.
Die für heute Sonntag, den 17. d. M. angefündigte Nachmittags-Vorstellung von O. Giese Berliner! findet nächsten Sonntag, den 24. d. M. statt und werden bereits gelöste Billets an der Verkaufsstelle umgetauscht.

Adolph Ernst-Theater
Anftreten der ersten Pionette-
a. Courbette-Tänzerin Englands
vom Prince of Wales-Theater in London.
Ein fideles Corps.
Große Gesangsposse mit Tanz.
Nach dem englischen Original „A Gaiety Girl“ von Jones Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Stern.
Vorher:
Gefindeball.
Schwank in 1 Akt
von Ed. Jacobson und Jean Stern.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.
Das Riesen-Kind
mit den
24
Fingern.

Castan's Panoptikum.
Noch nie dagewesen!
Die Tiefen des dunkeln Erdtheils:
Die Dinka,
40 Männer, Frauen u. Kinder.
Das schockige Mädchen Mariotta.
Weihnachts-Ausstellung

Kaufmann's Variété.
Beispielloser Erfolg!
Es braucht kein
Black-Patti
zu fein.
Naucke
als
White-Patti
ist auch nicht schlecht.
Und noch
16 Glanznummern!
In Vorbereitung:
Kneip-Genies
von
Emil Naucke
und
Arthur Fränkel.

Nur noch kurze Zeit.
Circus Renz
Carlstrasse.
Dienstag, den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Konkurrenz-Galavorstellung.
— Jede Nummer doppelt besetzt. —
Tjo Ni En.
(Beim Jahreswechsel in Peking.)
Sensationelle Tänze, unt. and.:
Original! Les grolots vivants, feu des barbichons etc. Original!
Neue Musik-Einlagen.
Außerdem: Edingburgh, ostr. br. Gengst, hierauf Prinz Carnoval, vorgef. von Herrn R. Renz. Konkurrenz-Schule, geritten von den Damen Frä. Wally Renz und Frau Renz-Stark. Auftreten der vorzügl. Clowns Gebr. Villand und des beliebten „August“ Mr. Lavator Les etc.
Morgen Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr: Wiederholung des Programms der Benefiz-Vorstellung von Mr. Lavator Les. Ausstellung einer Flasche mit Geld im Laden des Herrn Louis Kraft, Friedrichstrasse 116.
Tjo Ni En.
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Feen-Palast
Burgstr. 22, neben der Förse.
Riesen-Februar-Programm.
Ein Liebes-Drama,
oder:
Der Brand auf der Taubenburg.
Das unruhige Haus
am Mitternacht.
Max und Moritz
Sabenstreiche.
Die
Wunder-Elephanten.
James Capelli.
Miss Tanisan.
Wilhelm Fröbel.
Mary Myra Maa.
Anita & Jul. Schaffeur.
Truppe Largards etc.
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntag: Konzert 6 Uhr,
Vorstellung 7 Uhr.

Masken- Garderobe f. Herren u. Damen. Spezialität: Göttin d. Freiheit, roth. Leuzel. Große Auswahl. Vereine 20 pSt. Preisermäßig. Grünbaum, Blumenstr. 80/81.

Parodie-Theater
Oranien-Strasse 52 (am Moritzpl.).
Madame Sans-Gêne.
Vorher:
Grand Café Unfallverhütung.
Zum Schluß:
Heimath.
Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Die 30 000 Dollar-Uhr,
mit dem
Oberammergauer Festspiele
Zugstück d. Weltausstellung in Chicago.
Dasselbst mit 6 ersten Preisen gekrönt.
Ausgestellt in der „Passage“.
Entree 25 Pf. [989M

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Jeden Dienstag:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
Anfang Sonntags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate.)
Durchweg neues Programm.
Jeden Donnerstag:
„Sanssouci“
Rottbuserstrasse 4a.

Unter den Linden 21.
Ben- Jeden Sonntag
Nachmittag
Orientalische **Ali-** Familienvorstlg.
zu halb. Preisen.
Zauber und Bey's
Wunder.
Täglich Anfang 1/8 Uhr.

Wegen ganz besonders günstiger Abschlüsse der besten Molkereien und der ganz unbedeutenden Unkosten des Geschäfts bin ich in der Lage, den werthen Kunden zu offeriren: 1962L
Feine Tischbutter
Pfund 0,90 - 1,00 Mk.
Denkbar feinste Tafelbutter
Pfund 1,10 - 1,20 Mk.
Bei Entnahme von 5 Pfd. sende frei ins Haus.
J. Maeding,
Erstes und größtes Geschäft der Markthalle 8, (Andreasstrasse) Stand 115-118.
2. Geschäft: Straußbergerstrasse 4.
3. Geschäft: Memelerstrasse 52.
4. Geschäft: Krautsstrasse 52.

Eleg. Kostengarderobe v. 1,50 Mk an.
Eisler-Beck, Reanderstrasse 34, 1 Tr.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Görlitzer Viertel.)
Am Dienstag, den 19. Februar cr., abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Oranienstrasse 180.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn Müller über: „Der Bergbau und die Lage der Bergarbeiter“. 2. Diskussion. 3. Vereins-Angelegenheiten.
(Stralauer Viertel.)
Am Dienstag, den 19. Februar cr., abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Albrecht, Memelerstrasse 67.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen D. Schmidt-Zürich über: „Wirtschaftlichen und politischen Kampf“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste haben freien Zutritt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Rixdorf.
Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“
Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Kummer, Berlinerstrasse 136:
Große Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Entwicklung der Volkswirtschaft.“ Referent: Paul Jahn. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.
Das Stiftungsfest findet am 16. März statt. Billets sind bei den Komitee- und Vorstandsmitgliedern zu haben.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgen. Deutschlands (Zentrale Berlin).
Donnerstag, den 21. Februar 1895, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandanten-Strasse 20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Geschäftliches. 3. Vortrag des Herrn Joël über: „Der Kampf um's Dasein in der Natur“. 4. Diskussion. 5. Fragekasten. 6. Quittungsbuch legitimirt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
1895/6 Die Verwaltung.

Grosse öffentliche Versammlung aller Arbeiter u. Arbeiterinnen
am Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Henke, Raunynstrasse Nr. 27.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten H. Förster über: „Die wirtschaftliche und politische Lage.“ 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission. 4. Verschiedenes. 60/19
Zur Deckung der Unkosten findet Zellerksammlng statt.
Das Erscheinen aller Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Versammlung erwartet
Der Vertrauensmann: O. Schüller, Treßdowstr. 30.

Schrauben-, Facondreher und Berufsgenossen.
Dienstag, den 19. Februar 1895, abends 8 Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstrasse 48a:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission über das Ergebnis der Lohnstatistik. 2. Diskussion. 3. Wahl von drei Revisoren. 4. Verschiedenes. 67/1
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

Hausdiener, Bader, Rutscher und Berufsgenossen.
Mittwoch, den 20. Februar, abends 9 Uhr, im großen Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstrasse 20:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Wagner über: Die Gefinde-Ordnung. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl desselben. 4. Verschiedenes. 188/5
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann: Oswald Schumann, Adalbertstrasse 47.

Bier-Verlag Max Koch, Matthienstr. 17
(zu Brandenburg- u. Alexandrinenstr.) empfiehlt sich den Genossen zur Lieferung sämmtlicher Biere für Werkstätten sowie den Hausbedarf.

Soeben erschien:
Karl I. von England. Nr. 21 der Sammlung **Gekrönte Häupter.**
Nr. 1 (Katharina II. von Rußland). Preis: 20 Pf. Konfisziert gewes.
Nr. 2 (August der Starke v. Sachsen). Preis: 20 Pf. Wieder freigegeben.
Nr. 3 (Papa Alexander VI.). 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 4 (Carl Leopold von Mecklenburg) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 5 (Ludwig XIV. von Frankreich) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 6 (Philipp II. von Spanien) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 7 (Friedrich Wilhelm II. von Preußen) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 8 (Heinrich VIII. von England) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 9 (Elisabeth von Rußland) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 10 (Louis Philipp von Frankreich) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 11 (Papa Julius II.). 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 12 (Friedrich II. v. Preußen) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 13 (Caligula). 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 14 (Ludwig XV. von Frankreich). 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 15 (Friedr. Wilhelm IV. v. Preußen) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 16 (Iwan d. Schreckliche von Rußland) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 17 (Néron) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 18 (Isabella von Spanien) 64 Seiten. Preis 20 Pf.
Nr. 19 (Wilhelm II. von Preußen). Preis 20 Pf.
Nr. 20 (Nero). Preis 20 Pf.
Nr. 1-21 der Sammlung „Gekrönte Häupter“ sind zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsbedeuteure, sowie direkt vom Verlage **Hans Saake, City-Passage.**



In Roh-Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten !! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
 Berlin
 Alexanderstr. 22.
 Strong reelle Bedienung.
 Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
 Ein Jeder mache den Versuch.

Gelegenheitskauf
 für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königsstr. 59, vorn I., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Teilzahlung gestattet. Brautleute ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Nussbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Muschelleiderspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneel-sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Couffentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehlung allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlin zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Bespanne transportiert und aufgestellt.

Wegen ganz besonders günstiger Abschlässe der besten Molkereien und der ganz unbedeutenden Unkosten des Geschäfts bin ich in der Lage, den werthen Kunden zu offeriren: 1582L

Feine Tischbutter
 Pfd. 0,90—1,00 Mk.
 Denkbar feinste Tafelbutter
 Pfd. 1,10—1,20 Mk.
 Bei Entnahme von 5 Pfd. sende frei ins Haus.

J. Maeding.
 Erstes und größtes Geschäft der Markthalle 8, (Andreasstr.) Stand 115—118.
 2. Geschäft: Straußbergerstraße 4.
 3. Geschäft: Memelerstraße 52.

Bestes Putzmittel der Welt!

Diese Universal-Metall-Putz-Pomade ist von uns zuerst im Jahre 1876 zur Einführung gebracht und das Fabrikzeichen 'V' durch gesetzliche Eintragung zur Schutzmarke gekennzeichnet worden. Wir stellen dieses Erzeugnis in den anerkannt hervorragenden und unübertroffenen Eigenschaften jetzt sowohl in rother wie in weißer Farbe her. Proben und Preisangabe frei und un berechnet.

Masken verleiht bill. **Ferd. Henke**, Dammstr. 1. 2482b

Brenn- und Polirer-Spiritus, Prima Spirit (Klein wieder) verkaufen u. Gewerbetreibenden zu sehr billigen Preisen **Hermann Meyer & Cie., Berlin, Brunnenstr. 39.**

Werkzeuge aus echtblau Segeltuch (schräg und gerade zu knöpfen) liefert zu 4/5 Mark pro Stück komplett franco gegen Einsendung oder Nachnahme die Fabrik für Schutz- und Sicherheitsbekleidung **H. LION in Düsseldorf.** Trotz des enormen Konsums von ca. 300 000 Anzügen in den Jahren 93—94 keine Anstaltsarbeit; nur Hausindustrie (Männerarbeit).

Einer Erinnerungsbeigabe wegen bitte bei Bestellung den "Vorwärts" zu erwähnen.

Weinhandlung **C. Böhme, f. 1889 Reichenbergerstr. 148.** empf. Rum, Glühwein, Punsch Essenzen, Str. v. 1,60 M. an; Bordeaux-, Portugiesische, Ungar- u. Rheinw., Liqueure u. Fruchtsäfte.

Rum
 anerkannt gut, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger.
Echt Stonsdorfer Likör à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,—
Jingber-Likör, magenstärkend, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,—
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, vorzüglic., Literflasche à 1,30.
Ungarwein, med. süß, 1/2 Anker à Literflasche M. 2,10. 323M
Eugen Neumann & Co., Belfe-Allianzplatz 6a, Neue Friedrichstr. 81, Oranienstr. 8, Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Im Circus:

Halb und Halb Mame mit Pomeranzen.

Rohtabak.
 Grösste Auswahl! Billigste Preise!
 Lager in Formen, Bockfagons.
Heinrich Franck,
 Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Möbel-Kaufgelegenheit
 bietet sich Brautleuten u. im Möbelspeicher, 13046*
Rosenthaler-Strasse 13, I.
 Dasselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und verleihe gemessene Möbel zu wahrhaften Spottpreisen. Teilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspindel, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Nussbaum-Kleiderschränke, Verisloves 30, Stühle 3, Muschelspinden 40, Trumeaus 65, Paneel-sophas 75, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Couffentische, Spiegel, alles staunend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lager speicher bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Bespanne transportiert und aufgestellt.

Seidenstoffe
 Sammete, Plüsch, Velours, Cravattenstoffe. Alles in größter Auswahl. Billiger als in jedem Laden. Straßauerstr. 44, 1 Tr. (Rein Laden!)

Bierdruck-Apparate
 Lager flüssiger Kohlensäure zu herabgesetzten Preisen (1300L*)
H. Reinhardt,
 113 Brunnenstr. 113.

Stempel- u. Abzeichen-Fabrik.
H. GUTTMANN
 BRAUER
 Brunnenstr. 39

Ausverkauf
 v. Möbeln, Spiegeln u. Polsterwaren wegen Aufgabe des Ladengeschäfts zu herabgesetzten Preisen von
Julius Apelt,
 Sebastianstr. 20.

6 Pfund Albrecht's Bäckerei,
 Brot für 50 Pfennig
 liefert Wrangel-Strasse 8, Langenstr. 26, Falkensteinstr. 28.
 Pfeifenspind ist zu verkaufen bei Rhoned, Charlottenburg, Schillerstr. 90.

Erste Berl. Stiefel-Klinik
 Hauptgeschäft: Holzmarktstrasse 21.
 Filialen: Schönhauser Allee 152, Ackerstr. 28, Linienstr. 248,
 liefert in 30 Minuten
 nur bestes Keraleder u. gute Handarbeit
Sohlen und Absätze
 für Herren | für Damen
2 Mark. | 1,60 Mk.
 Alle anderen Reparaturen von 10 Pf. an schnellstens.

Außbaummöbel.
 Verkauft sofort meine vollständige Wohnzimmer- u. Schlafzimmer-Einricht., auch einzeln, spottbillig. (Brautleuten empfehlenswerth.) Landwehrstr. 5/6, I.

Brauerei Pichelsdorf
 Telefon: Amt Spandau Nr. 13. Telefon: Berlin Amt VI Nr. 1116.
 empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere. 13458*

Lagerbier, hell, Exportbier, dunkel, Markgrafen-Bräu nach Münchener Art.

Koulanteste Preise. **Niederlage: Berlin, Königin-Augustastr. 1, am Hasenplatz, Ringbahnbogen 1—8.** **Prompteste Bedienung.**

Bekanntmachung.
 Der Gesangverein Alpenglühden II (M. des N.-S.-V.) macht bekannt, daß die ausgegebenen weißen Billets zu dem am Sonnabend, den 23. d. M. stattfindenden Maskenball im Vereinshaus "Süd-Ost", Waldemarstraße 75, keine Gültigkeit haben, sondern durch rothe ersetzt werden.
 1792b
 Der Vorstand.

Unbemitt. erth. Musikant, "M" Postamt 79

Achtung!!!
Polirer und Polirerinnen.
 Polirer-Spiritus 96 pSt. à 24 Pfg. per Liter. Brennspritus 85 pSt. à 19 Pfg. per Liter, von 10 Liter an frei ins Haus. 1794b
 Berliner Brenn- und Polirer-Spiritus-Fabrik von **Otto Kalischer,** Blumenstr. 73.

Ein gangbares Holz- und Kohlen-geschäft (Platz) in Umstände halber billig zu verkaufen. Näheres zu erfragen im Zigarrengeschäft v. Robert Becker, Nixdorf, Dornamstraße 148.

Achtung!
 Zahnerfabr. auch Teilzahl., wöchentl. 1 Mark, S u e l, Kaufstr. 12, Saffstr. 12.
Möbel, gebraucht, kost. Möbel, Handlung Rosenthaler-Strasse 13.
 Damen-Masken, privat, elegant und sauber zu verkaufen Waldemarstr. 46, 2 Tr. rechts. 2516b

Gas- und Wasserleitungsgeschäft, verbunden mit Fabrication konkurrenzloser Artikel und guter Rundschaft, passend für Klempner, Schlosser und Wärtler, billig zu verkaufen. Offerten an H. Ewerow, Demminerkstr. 67.

Jünger Mann findet gute Schlafstelle bei Horn, Waldemarstraße 17, vorn 3 Tr. 1790b

Fäßlerstr. 13 bill. Wohnungen 1 und 3 Tr. 2646b

Feißale Oranienstr. 180.
 Sonnabende und Sonntage zu Versammlungen und Tanz frei. 2546b.

C. Bolzmann's Gesellschafts-Säle,
 Fichtenbergerstr. 16.
 Säle und Vereinszimmer von 20 bis 500 Personen. 1521L*

Für Parteigenossen.
 Krankheitsüber will ich mein Geschäft sobald als möglich verkaufen. 16382* W. Schmidt, Adalbertstr. 16.

Arbeitsmarkt.
Musikinstrumenten-Arbeiter-Streik!
 Die Kollegen der Piano-Fabrik von **Görs & Kallmann** haben infolge Misshandlungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Fugung ist strengstens fernzuhalten.
 Gleichzeitig ist für die Branche Zusammenfester der Piano-Fabrik **Kunze & Sohn,** Blumenstr. 70, infolge Misshandlung laut öffentlicher Versammlung vom 19. Januar ex. die Sperre verhängt worden.
 198/19 Die Lohnkommission.

Schraubendreher b. dauernd. Lohn. Alford, verl. Brandenburgerstr. 6.
 Farbdigtmacher verl. Andreasstr. 10.
 Kartonarbeiterinnen, geübte, verlangt J. Schwandt, Neue Jakobstr. 6.
 Plätterinnen auf geschw. Umlegertagen u. Siebtragen in u. außer dem Hause sucht Treppe, Lothringertstraße 16, Quergeb. 4 Tr. 1795b

Arbeiterinnen auf Jaquets erhalten lohnende Beschäftigung bei **Marg, Antlamerstr. 51, 3 Tr.** Jeden Montag wird gerechnet. [1727b

Billigstes, nahrhaftes Volksgetränk
 Untersteht der fortlaufenden sachverständigen Kontrolle des Chemikers der Kgl. Gerichte zu Berlin und Potsdam, Herrn Dr. C. Bischoff.

Mollis-Braustoff-Kaffee.

überall Paquet, ca. 200 gr 35 Tassen, für 10 Pf.
 Gratisprobe auf Verlangen von der Hauptniederlage NW., Perlebergerstr. 8, I. Telefon Amt Moabit 1147.

